



PRESSEMAPPE

Afrika im Fokus – Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit während des G8-Vorsitzes 2007

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 6./7. Mai 2007 in Potsdam

Platzhalter für Grußwort Bundesministerin

PRESSEMAPPE

Afrika im Fokus – Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit während des G8-Vorsitzes 2007

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 6./7. Mai 2007 in Potsdam

Inhalt

■ Mitwirkende	3
■ Übersicht Organisationen	5
■ G8 und Afrika	
Stationen der Entwicklungszusammenarbeit	6
Der G8-Afrika-Aktionsplan (AAP)	7
■ Deutscher G8-Vorsitz	
Zur Effizienz nachhaltiger Entwicklungszusammenarbeit	8
Wachstum und Verantwortung – Leitmotiv der deutschen G8-Präsidentschaft	9
■ Key Note Speech	
Die Zukunft Afrikas – eine Vision	16
■ Der Standpunkt	
Warum es sich lohnt, in Afrika zu investieren	17
■ Rohstoffboom in Afrika – wer profitiert vom Ölreichtum?	
Erdöl in Afrika: Akteure und Fakten	21
Good Governance – eine Definition	22
Transparenz der Rohstoffeinnahmen als Entwicklungsvoraussetzung	22
Der Rohstoffboom in Afrika – zum Vorteil für die Entwicklung nutzen!	24
■ Geld oder Partnerschaft – was fehlt Afrikas Entwicklung?	
Zwei Ansätze der Entwicklungszusammenarbeit	27
Für eine nachhaltige Reformpartnerschaft mit Afrika	28

PRESSEMAPPE

Afrika im Fokus – Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit während des G8-Vorsitzes 2007

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 6./7. Mai 2007 in Potsdam

Inhalt

■ Partner-Projekte zur Energieeffizienz/Erneuerbare Energien	
Effiziente Nutzung von Biomasse-Energie im südlichen Afrika	30
Biodiesel auf Basis von Baumwollsaat in Burkina Faso	31
■ Partner-Projekte zu Good Governance	
Reformierung der öffentlichen Finanzverwaltung zur Unterstützung von NEPAD	32
Zusammenarbeit mit panafrikanischen Institutionen (NEPAD, APM) in Südafrika	33
■ Partner-Projekte zum Handel	
Biofresh – Exportförderung von Bio-Obst aus Uganda	34
Trade Africa – Intraregionale Handelsförderung im südlichen Afrika	35
■ Partner-Projekte zur HIV/Aids-Bekämpfung	
Gesundheitsgutscheine – Healthy Life Vouchers in Ostafrika	36
AWISA – HIV/Aids-Aufklärung am Arbeitsplatz	37
■ Partner-Projekt zur Wirtschaftsförderung	
Cost of doing business – Partnerschaft für breitenwirksames Wirtschaftswachstum in Namibia	38
■ Partner-Projekte zur Mikrofinanz	
KfW/GTZ-Finanzsektorprogramm Mosambik – Mit Kleinstkrediten gegen Armut	39
Kleinbauern in Kamerun übernehmen Ölpalmen-Plantage	41
■ Rückmeldebogen zu Inhalt und Durchführung des Seminars	42
■ Teilnehmerinnen und Teilnehmer	44
■ Veranstalter	47

PRESSEMAPPE

Afrika im Fokus – Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit während des G8-Vorsitzes 2007

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 6./7. Mai 2007 in Potsdam

Mitwirkende:

Sumayya Hassan Athmani

Geschäftsführerin der National Oil Corporation of Kenya Ltd.

Ulrich Benterbusch

Leiter des G8-Sherpa-Stabs der Bundesregierung

Dr. Taddy Blecher

Geschäftsführer des CIDA City Campus Johannesburg

Bianca Buchmann

Präsidentin des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft, geschäftsführende Gesellschafterin der Hospital Engineering GmbH

Dr. Ralf Schröder

Leiter des Referats „Regionale Entwicklungspolitik, Afrika“, BMZ

Markus Weidling

Pressesprecher, BMZ

Heidmarie Wieczorek-Zeul

Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und G8-Afrikabeauftragte der Bundesregierung

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Diskussionspanels:

Alan Detheridge

Vizepräsident Außenbeziehungen Exploration and Production der Shell International Ltd.

Dr. Michael Hofmann

Leiter der Abteilung „Globale und sektorale Aufgaben; Europäische und multilaterale Entwicklungspolitik; Afrika“, BMZ

Adolf Kloke-Lesch

Leiter der Unterabteilung „Frieden und Demokratie; Menschenrechte; Vereinte Nationen“, BMZ

Dr. Elísio Macamo

Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Lehrstuhls für Entwicklungssoziologie der Universität Bayreuth

Gabriel Negatu,

Leiter der Abteilung „Governance, Economic and Financial Reforms“, Afrikanische Entwicklungsbank

Austin Onuoha

Projektmanager beim Centre for Social and Corporate Responsibility, Nigeria

Amanda Kabejja Serumaga

Landesdirektorin von ActionAid Uganda

Workshops:

Heike Backofen-Warnecke

Referentin in der Abteilung „Governance; Demokratie; Frauen- und Menschenrechte“, BMZ

Sabine Becker

Leistungsschwerpunktmanagerin „Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung“, GTZ

Klaus Gühr

Teamleiter „Wirtschaftliche Infrastruktur“, KfW

Ulrike Haupt

Leiterin des Referats „Zusammenarbeit mit der Wirtschaft“, BMZ

PRESSEMAPPE

Afrika im Fokus – Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit während des G8-Vorsitzes 2007

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 6./7. Mai 2007 in Potsdam

Lydia Jebauer-Nirschl

Projektleiterin in der Abteilung „Wirtschaftsförderung und Infrastruktur“, InWEnt

Jon Lidén

Leiter der Kommunikationsabteilung, Globaler Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM)

Felix Kaitisha

Referent für Marktforschung des Export Board Zambia

Ute Klamert

Regionalleiterin Südliches Afrika II, GTZ

Simon Koppers

Stellvertretender Leiter des Referats „Wasser; Energie; Stadtentwicklung“, BMZ

Maria Kostomay

Entwicklungshelferin im AWISA-HIV/Aids-Arbeitsplatzprogramm – Kooperation DED/InWEnt

Piet Kleffmann

Länderbeauftragter Südafrika, KfW

Inge Meier-Ewert

Projektleiterin, Abteilung „Wirtschaftsförderung und Infrastruktur“, InWEnt

Dr. Christoph Messinger

Manager der Projektkomponente ProBEC Nord, GTZ

Winfried Nau

Leiter der Afrika-Abteilung, DEG

Roger Peltzer

Senior Investment Manager in der Afrika-Abteilung, DEG

Regine Qualmann

Projektleiterin in der Abteilung Wirtschaftspolitik und Privatwirtschaftsentwicklung, GTZ

Dr. Claudia Radeke

Leiterin der Abteilung Ost- und Westafrika, KfW

Markus Sterr

Leiter der Fachgruppe „Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung; Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft“, DED

Dr. Günther Taube

Leiter des Bereichs „Internationale Regelwerke; Gute Regierungsführung; Wirtschaftspolitik“, InWEnt

Moderation:

Andreas Cichowicz,

Chefredakteur des NDR-Fernsehens und Moderator des ARD-Weltspiegels

Organisation:

Cornelia Neupert

Alexander Hertkens

Jacqueline Souren-Siemons

Bergmoser + Höller Agentur, Aachen

PRESSEMAPPE

Afrika im Fokus – Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit während des G8-Vorsitzes 2007

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 6./7. Mai 2007 in Potsdam

Übersicht Organisationen



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

konzipiert bilaterale und multilaterale Förderstrategien, unterstützt Entwicklungsprogramme der Partnerländer, arbeitet mit nichtstaatlichen Organisationen und der Wirtschaft zusammen und sorgt für eine kontinuierliche Erfolgskontrolle. Das BMZ beauftragt eigenständige

staatliche Organisationen mit der Durchführung von Projekten und Programmen der Entwicklungszusammenarbeit.

Diese eigenständigen staatlichen Organisationen sind Mitveranstalter des Journalistenseminars:



Deutscher
Entwicklungsdienst

Der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) unterstützt Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika partnerschaftlich dabei, ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Er entsendet rund 1.000 berufserfahrene und sozial engagierte Fachkräfte in mehr als 40 Entwicklungsländer. Sie setzen sich dort ein für Armutsminderung, für eine selbstbestimmte und nachhaltige

Entwicklung, für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, für den Aufbau demokratischer Strukturen und für eine zivile Konfliktbearbeitung. Das Engagement des DED wird aus dem Bundeshaushalt (BMZ) finanziert.



DEG
KFW BANKENGRUPPE

Die DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH finanziert überwiegend aus Eigenmitteln Investitionen privater Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Als einer der größten europäischen Entwicklungsfinanzierer setzt sie sich für den Ausbau privatwirtschaftlicher Strukturen ein, um zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum und besseren Lebensbedingungen beizutragen. Von besonderer Bedeutung ist

für die DEG die Finanzierung privater Investitionen mit positiven entwicklungspolitischen Effekten in Afrika. 2006 investierte sie dort mit 143 Millionen Euro mehr als je zuvor in dieser Region.



Die GTZ – Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH –

ein Bundesunternehmen der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung, ist in mehr als 130 Ländern tätig. Ihr Hauptauftraggeber ist das BMZ. Darüber hinaus ist sie für internationale Auftraggeber tätig wie Regierungen anderer Länder, die Europäische

Kommission, die Vereinten Nationen oder die Weltbank. Die GTZ bietet zukunftsfähige Lösungen für politische, wirtschaftliche, ökologische und soziale Entwicklungen in einer globalisierten Welt und unterstützt komplexe Reformen und Veränderungsprozesse. Schon seit vielen Jahren ist die GTZ ein verlässlicher Partner in der Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika. Das Spektrum des Engagements reicht vom Kampf gegen HIV-Aids über den Schutz der natürlichen Ressourcen und Gender-Projekte bis hin zur Förderung nachhaltiger Wirtschaftsförderung und guter Regierungsführung.



Internationale Weiterbildung
und Entwicklung gGmbH

Die InWent – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH gGmbH ist weltweit als Organisation für Capacity Building tätig. Konkret bedeutet dies die Qualifizierung von Fach- und Führungskräften, ihrer Institutionen und der übergeordneten politischen Ebene für eine nachhaltige und global gerechte Entwicklung. InWent kooperiert mit Partnern aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Mit einem Jahresetat von rund

140 Millionen Euro erreicht InWent jährlich etwa 55.000 Personen. Die Methoden reichen von Seminaren über Dialogveranstaltungen bis hin zu E-Learningkursen. Alumninetzwerke sichern die langfristige Wirkung der Programme.



kfw
ENTWICKLUNGSBANK

Die KfW Entwicklungsbank finanziert im Auftrag der Bundesregierung Investitionen und begleitende Beratungsleistungen in Entwicklungs- und Transformationsländern. Sie trägt zur Bekämpfung der Armut, der Mitgestaltung der Globalisierung, der weltweiten Friedenssicherung sowie zum Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen bei. In Afrika finanziert die KfW Entwicklungsbank schwerpunktmäßig Infrastrukturvorhaben zur

Wasserversorgung und zum Transport, den Aufbau des Finanzsektors, Projekte zur Demokratieförderung und zu Wirtschaftsreformen sowie zur HIV/Aids-Prävention. Seit 1961 hat sie rund 20 Milliarden Euro für Projekte zugesagt.

PRESSEMAPPE

Afrika im Fokus – Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit während des G8-Vorsitzes 2007

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 6./7. Mai 2007 in Potsdam

G8 und Afrika

Stationen der Entwicklungszusammenarbeit

Die G8-Gruppe (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, die Russland und USA) stellt drei Viertel der weltweiten Mittel der Entwicklungszusammenarbeit bereit. Die Entwicklungszusammenarbeit spielt im Rahmen der G8-Verhandlungen seit Ende der 1990er Jahre eine zunehmende Rolle. Mit wachsender Intensität ist seitdem die Entwicklung Afrikas Thema bei den Gipfeltreffen der G8:

- Auf dem **Kölner Gipfel** fand 1999 das Konzept der Bundesregierung große Zustimmung, den ärmsten Entwicklungsländern durch einen weitgehenden Schuldenerlass einen wirtschaftlichen Neubeginn und damit die nachhaltige Armutsbekämpfung zu erleichtern. Dieses Konzept ist inzwischen als „Kölner Schuldeninitiative“ ein wichtiges Instrument der Entwicklungszusammenarbeit.
- Der G7/G8-Gipfel 2000 in **Okinawa** (Japan) stellte die Umsetzung der „Kölner Schuldeninitiative“ sowie eine möglichst effiziente globale AIDS-Bekämpfung und die Förderung der Entwicklungsländer im Bereich der Informationstechnologien in den Mittelpunkt.
- Auf dem Weltwirtschaftsgipfel in **Genua** 2001 stellten die Staats- und Regierungschefs von Algerien, Nigeria, Senegal und Südafrika den G8 ihre Reformstrategie „Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung“ (NEPAD) vor. Diese NEPAD steht für afrikanische Eigenverantwortung bei der Zukunftsgestaltung des Kontinents. Des Weiteren wurde der „Globale Fonds zur Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose“ ins Leben gerufen. 2007 wird die Bundesregierung ihren Beitrag zur Bekämpfung dieser Krankheiten auf 400 Millionen Euro erhöhen.
- 2002 verabschiedeten die Gipfelteilnehmer in **Kananaskis** (Kanada) den G8-Afrika-Aktionsplan als Basis der Reformpartnerschaft von G8- und NEPAD-Staaten. Zur Umsetzung ernannten die G8-Staaten G8-Afrikabeauftragte. Die Bundesregierung hat Heidemarie Wieczorek-Zeul, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit diesem Amt betraut.
- Gäste des Gipfels in **Evian** 2003 waren unter anderem die Staatpräsidenten der fünf Länder des NEPAD-Lenkungsausschusses sowie die Chefs von Weltbank, Welthandelsorganisation, IWF und der Generalsekretär der Vereinten Nationen. Der mittlerweile etablierte Dialog mit den afrikanischen Regierungschefs verdeutlicht die gemeinsame Wahrnehmung internationaler Verantwortung. Nachhaltige Entwicklung war ein wichtiges Thema des Gipfels. Die Unterstützung der Transparenzinitiative EITI zeigte sich in der Verabschiedung einer Resolution zur „Korruptionsbekämpfung und Verbesserung der Transparenz“.
- 2004 befassten sich die G8 in **Sea Island** (USA) besonders mit der Hungersituation am Horn von Afrika, mit Handelsfragen und der Korruptionsbekämpfung. Als Ergebnis wurden mit vier afrikanischen Ländern Transparenzvereinbarungen festgelegt, unter anderem mit Nigeria. Außerdem entstand das G8-Wirtschaftsklima-Projekt zur Förderung eines günstigen Investitionsumfeldes.
- Im schottischen **Gleneagles** diskutierten 2005 Vertreter von Äthiopien, Algerien, Ghana, Nigeria, Senegal, Südafrika und Tansania sowie der Präsident der Afrikanischen Union mit der G8 die Afrika- und Entwicklungsagenda. Alle betonten erneut die Bedeutung einer Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe. Gipfelergebnis war ein Schuldenerlass (etwa 50 Milliarden US-Dollar) für die Ärmsten der hoch verschuldeten Länder (HIPC) beim IWF, der Weltbank und dem Afrikanischen Entwicklungsfonds im Rahmen der Multilateral Debt Relief Initiative (MDRI). Die G8 verpflichteten sich außerdem, bis 2010 die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) um 50 Milliarden US-Dollar zu verdoppeln, die Hälfte davon ist für Afrika vorgesehen.
- Der G8-Gipfel in **St. Petersburg** 2006 betonte die Fortsetzung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Afrika und die zentrale Rolle der afrikanischen Eigenverantwortung im Reformprozess. Die fortdauernde Unterstützung des African Peer Review Mechanism (APRM) zur gegenseitigen Beurteilung, verankert im G8-Afrika-Aktionsplan, wurde bekräftigt. Ebenso setzten die G8-Staaten sich weiterhin für Programme zur Förderung der Transparenz im Rohstoffbereich in afrikanischen Ländern, insbesondere für EITI (Extractive Industries Transparency Initiative) ein. Thematisch konzentrierte sich die G8 auf den Zusammenhang von Energiesicherheit und Armutsreduzierung, die Bekämpfung von Infektionskrankheiten sowie Bildung in Afrika.

PRESEMAPPPE

Afrika im Fokus – Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit während des G8-Vorsitzes 2007

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 6./7. Mai 2007 in Potsdam

Informell verständigten sich die G8-Staats- und Regierungschefs darauf, dass Afrika bis zum Jahr 2010 auf der Agenda der G8-Gipfel stehen soll.

Der G8-Afrika-Aktionsplan (AAP)

Der AAP ist die politische Antwort der G8 auf die 2001 ins Leben gerufene Reformstrategie NEPAD. Damit unterstützen die G8-Staaten afrikanische Eigenanstrengungen zur Umsetzung von Demokratie, verantwortlichem Regierungshandeln, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftspolitischen Strukturreformen. Der Aktionsplan ist Resultat eines sehr intensiven Dialoges zwischen den persönlichen Afrikabeauftragten der G8-Staats- und Regierungschefs und den persönlichen NEPAD-Beauftragten der afrikanischen Staats- und Regierungschefs. Er wurde 2002 auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Kananaskis verabschiedet und bildet die Basis der Reformpartnerschaft der G8 mit Afrika. An die Stelle eines Geber-Nehmer-Verhältnisses ist eine Partnerschaft mit gemeinsamen Zielen, gegenseitiger Verantwortung und Transparenz für beide Seiten getreten: eine Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe. Deutschland unterstützt die Reformprojekte der NEPAD-Initiative im Rahmen des G8-Afrika-Aktionsplans mit rund 60 Millionen Euro pro Jahr.

Der AAP umfasst acht Bereiche: Frieden und Sicherheit, verantwortungsvolles Regierungshandeln, Handel und Privatinvestitionen, Verschuldung, Bildung, Gesundheit, Landwirtschaft und Wasser. Deutschland ist in allen acht Bereichen aktiv. Ein deutscher Schwerpunkt liegt auf der strukturellen und politischen Verankerung von Good Governance. Insbesondere unterstützt die Bundesregierung den African Peer Review Mechanism (APRM). Zu diesem Prozess der formalisierten gegenseitigen Begutachtung – unter Aufgabe des Prinzips der Nichteinmischung – haben sich bereits 26 Staaten verpflichtet. Dieses innovative Instrument zur Förderung von verantwortungsvoller Regierungsführung wird in erster Linie durch afrikanische Länder, aber auch durch die G8 finanziert. Seit 2003 unterstützt die Bundesregierung den APRM Prozess und die teilnehmenden Länder bei der Umsetzung ihrer Reformen. Darüber hinaus beteiligt sie sich mit einer Million Dollar am 2005 ins Leben gerufenen APRM Trust Fund.

Persönliche G8-Afrika-Beauftragte der Staats- und Regierungschefs stellen die Umsetzung des AAP sicher. Im Zweijahres-Rhythmus berichten die G8 der Öffentlichkeit über die erzielten Fortschritte. Dies wird auch beim Gipfeltreffen vom 6. – 8. Juni in Heiligendamm geschehen. Außerdem werden regelmäßig nationale Umsetzungsberichte verfasst. Die G8-Afrikabeauftragte der Bundesregierung, Heidemarie Wiczorek-Zeul, wird in Heiligendamm den dritten Umsetzungsbericht (nach 2003 und 2005) vorstellen.

PRESSEMAPPE

Afrika im Fokus – Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit während des G8-Vorsitzes 2007

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 6./7. Mai 2007 in Potsdam

Deutscher G8-Vorsitz

Zur Effizienz nachhaltiger Entwicklungszusammenarbeit

Text Dr. Schröder???

PRESEMAPPE

Afrika im Fokus – Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit während des G8-Vorsitzes 2007

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 6./7. Mai 2007 in Potsdam

Wachstum und Verantwortung – Leitmotiv der deutschen G8-Präsidentschaft

Ulrich Benterbusch, Leiter des G8-Sherpa-Stabs der Bundesregierung

Seit dem 1. Januar 2007 hat Deutschland zum fünften Mal die Präsidentschaft der acht führenden Industrienationen inne. Der Höhepunkt der einjährigen G8-Präsidentschaft ist der Gipfel der Staats- und Regierungschefs vom 6. - 8. Juni 2007 im Ostseebad Heiligendamm. Vorbereitet wird der Gipfel von Wirtschaftsstaatssekretär Dr. Bernd Pfaffenbach, dem so genannten Sherpa der Bundeskanzlerin. Mit dem Leitmotiv „Wachstum und Verantwortung“ stellt die Bundeskanzlerin 2007 zentrale Herausforderungen der Weltwirtschaft sowie der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklung Afrikas in den Mittelpunkt der G8. Ein wichtiges Ziel dabei ist es, den großen Verschiebungen in der Weltwirtschaft, die vom Erstarken der Schwellenländer ausgehen, auch im System der Global Governance Rechnung zu tragen.

Die Weltwirtschaft mit neuen Akteuren

Die Weltwirtschaft hat sich in den vergangenen 15 Jahren durch technologische Revolutionen und durch neue starke Akteure entscheidend verändert. Das Tempo in der Weltwirtschaft ist höher geworden, der Wettbewerb intensiver und härter. Wie im Sport haben Spieler aus der zweiten oder dritten Reihe inzwischen den Durchbruch geschafft, oder sie stehen unmittelbar davor. Die alten Routiniers müssen sich mit ihren eigentlichen Stärken neu behaupten.

Die gute Nachricht ist: Heute liegt die Verantwortung für Dynamik und konjunkturelle Entwicklung auf viel mehr Schultern als früher. Dies kommt der Weltwirtschaft als Ganzer zu Gute. Von den hohen und dauerhaften Wachstumsraten der Weltwirtschaft profitieren sowohl Industrie- als auch Schwellen- und Entwicklungsländer. Aber: Das Herausfordernde an der neuen Situation ist, wie die Bundeskanzlerin bei ihrer Rede zur Eröffnung des diesjährigen Weltwirtschaftsforums betont hat: „Gewohnheiten, Erbhöfe, angestammte Rechte sind keine Garantie mehr für Erfolg. Die alten Hierarchien ebnen sich ein. ‚Die Welt ist flach geworden‘, wie es der amerikanische Publizist Thomas Friedman beschreibt. Ressourcen, Potenziale und Macht können sich über Nacht verschieben.“

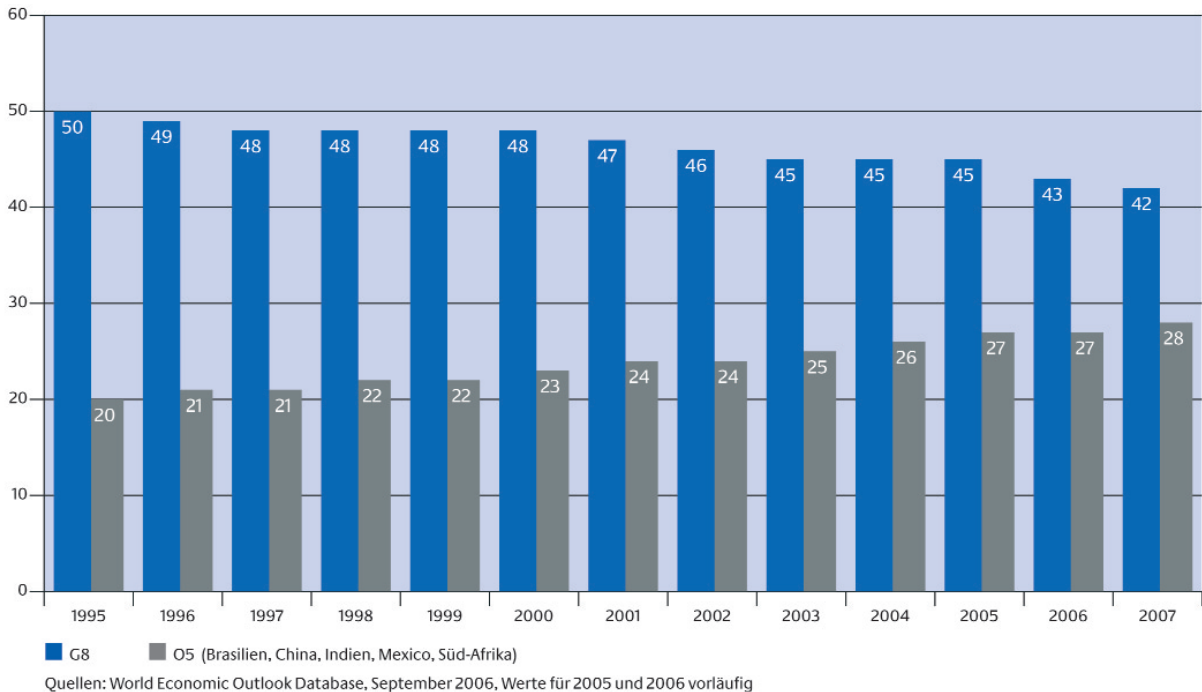
Daraus ergeben sich zentrale Fragen: Haben sich auch die Spielregeln weiterentwickelt? Tragen die Rahmenbedingungen der neuen Dynamik noch Rechnung? Bilden die Institutionen die neue Lage noch adäquat ab? Die deutsche G8-Präsidentschaft will auf diese Fragen gemeinsam mit den G8-Partnern Antworten geben und Lösungen entwickeln.

Die tektonischen Verschiebungen der Weltwirtschaft gehen insbesondere von den dynamischen Volkswirtschaften in Asien, Lateinamerika, aber auch in Mittel- und Osteuropa aus. Ihr Aufholprozess lässt eine multipolare Weltwirtschaft entstehen. Beispielhaft ist der Aufstieg Chinas: Betrug Chinas Anteil am Welt-BIP 1990 noch 5,7 %, so lag dieser Wert 2005 bereits bei 15,4 % und er wird weiter steigen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) geht davon aus, dass China bis 2015 die EU beim Anteil am globalen BIP mit 19 % gegenüber 17 % überholen wird. 2005 hat China bereits Japan als drittstärksten Warenexporteur abgelöst, und es wird nicht mehr lange dauern, bis China auch die bisherigen langjährigen Weltmeister beim Warenexport, Deutschland und die USA, an der Spitze ablösen wird.

Auch beim Arbeitskräfteangebot liegen die Schwellenländer vorn: Allein die chinesische und die indische Volkswirtschaft werden in ihrem rasanten Entwicklungsprozess durch etwa 1,211 Milliarden Arbeitskräfte unterstützt. Die demographische Entwicklung fördert dieses Potential weiter. 2010 werden in Indien 71 Millionen, in China 44 Millionen und in den USA 10 Millionen Menschen zusätzlich jährlich auf den Arbeitsmarkt kommen, in der EU werden es weniger als 1 Millionen Menschen sein.

In der Öffentlichkeit mehren sich die Stimmen, man dürfe dieser Entwicklung nicht tatenlos gegenüber stehen. Vielfach wird der Ruf nach protektionistischen Maßnahmen laut, mit denen der freie Handel und Kapitalverkehr eingeschränkt werden soll. Hintergrund sind oft die großen Lohnkostenvorteile, die in den Schwellenländern bestehen und gegen die sich nicht nur die deutsche Industrie im Wettbewerb auf den globalen Märkten behaupten muss. Die Bundeskanzlerin hat dem Protektionismus in Davos eine klare Absage erteilt: „Meine ebenso klare wie eindeutige und kurze Antwort lautet: Nein. Ich bin davon überzeugt: Der Prozess der Globalisierung ist ein Prozess der Liberalisierung. Denn für alle gilt doch, was einer der amerikanischen Gründungsväter, Benjamin Franklin, gesagt hat: ‚Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.‘“

Graphik 1: Anteile der G8 und der großen Schwellenländer am Welt-BIP (gemessen in Kaufkraftparitäten)



In diesem Sinne will die deutsche G8-Präsidentschaft, dass vom Gipfel in Heiligendamm ein klares Signal für eine liberale und offene Weltwirtschaftsordnung ausgeht. Auch hier gibt es – wie wir nicht erst seit der Fußball-Weltmeisterschaft wissen – unmittelbare Parallelen zum Sport: Spiele werden im Angriff und nicht in der Abwehr gewonnen.

Eine offene und liberale Weltwirtschaftsordnung bedeutet aber nicht, dass die Folgen der Globalisierung politisch ausgeblendet werden könnten. Gerade deshalb hat die Bundeskanzlerin in Davos ausdrücklich betont, dass die „Globalisierung fair gestaltet werden muss“. Nur wenn faire Regeln vereinbart und auch eingehalten werden, wird die Globalisierung Wohlstand für alle Menschen bringen. Dabei kommt gerade auch den großen, multinationalen Unternehmen eine besonders große Verantwortung zu.

Die Global Governance weiterentwickeln – die Weltwirtschaft politisch gestalten

Zu keinem Problemfeld der Weltwirtschaft lassen sich heute tragfähige Lösungen entwickeln, ohne die Schwellenländer einzubeziehen. Die G8 als „Zusammenschluss der führenden Industrienationen“ haben eine gute Ausgangsbasis, um im Dialog mit Staaten wie China, Indien und Brasilien neue Antworten auf die weltpolitischen und die weltwirtschaftlichen Fragen zu finden. Deshalb hat die Bundeskanzlerin auch entschieden, dass Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika wieder zum so genannten „outreach“ nach Heiligendamm eingeladen werden und am 8. Juni die G8 treffen.

Vor diesem Hintergrund zielt das Motto der deutschen Gipfelagenda „Wachstum und Verantwortung in der Weltwirtschaft“ nicht allein auf die Rolle der G8 bei der Gestaltung der globalen Wirtschaftsbeziehungen ab, sondern unterstreicht, dass mit dem gestiegenen Gewicht der Schwellenländer in der Weltwirtschaft auch eine größere Mitverantwortung für globale Fragen einhergehen sollte. Deutschland will seine G8-Präsidentschaft nutzen, um die stärkere Rolle dieser Schwellenländer anzuerkennen und sie stärker in die Global Governance einzubeziehen.

Der G8-Gipfel 2007 soll Impulse für die bessere Einbindung der Schwellenländer in die politische Gestaltung der Rahmenbedingungen in der Weltwirtschaft geben. Wir wollen neue Formen des Dialogs in formalisierter und strukturierter Form initiieren. Was in Heiligendamm politisch angestoßen wird, soll dann anhand von Einzelthemen in anderen internationalen Organisationen und Foren strukturiert fortgeführt werden (Heiligendamm-Prozess).

PRESSEMAPPE

Afrika im Fokus – Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit während des G8-Vorsitzes 2007

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 6./7. Mai 2007 in Potsdam

Die deutsche G8-Präsidentschaft 2007 setzt unter dem Motto „Wachstum und Verantwortung“ einen deutlichen Schwerpunkt auf die Weltwirtschaft; daneben soll der globalen Verantwortung der G8 durch den entwicklungspolitischen Schwerpunkt „Afrika“ Rechnung getragen werden. Es gibt also zwei Schwerpunktbereiche:

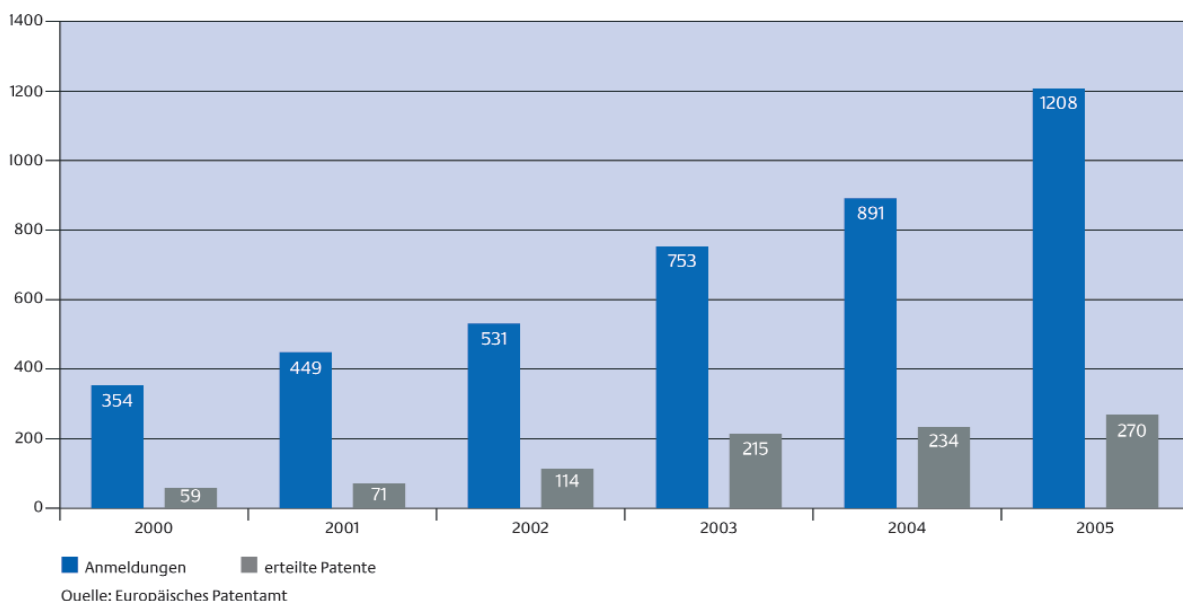
- „Wachstum und Verantwortung in der Weltwirtschaft – Investitionen, Innovationen, Nachhaltigkeit“
- „Wachstum und Verantwortung in Afrika – Gute Regierungsführung, nachhaltige Investitionen, Frieden und Sicherheit und die Bekämpfung von HIV/Aids“.

Wachstum und Verantwortung in der Weltwirtschaft

Deutschland will im Rahmen seiner G8-Präsidentschaft den veränderten Rahmenbedingungen in der Weltwirtschaft insbesondere in folgenden sieben Schwerpunkten Rechnung tragen:

- **Globale Ungleichgewichte und Agenda für weltweites Wachstum:** Die Weltwirtschaft ist in relativ guter Verfassung. Beim Abbau der globalen Ungleichgewichte wurden – etwa mit den Strukturreformen in Europa – große Schritte in Richtung eines weltweit ausgeglicheneren Wachstums unternommen. Aber die noch bestehenden Risiken müssen weiter abgebaut werden. So sind das Leistungsbilanzdefizit in den USA, das starke Anwachsen der Währungsreserven in Asien, insbesondere in China (derzeit: 1.000 Milliarden US-Dollar), die immensen Leistungsbilanzüberschüsse in Japan, China, Teilen Europas sowie in einer Reihe Erdöl exportierender Länder nach wie vor Kennzeichen weltwirtschaftlicher Ungleichgewichte. Sie legen die Interdependenzen von Industrie- und Schwellenländern sowie die daraus resultierenden Risiken offen. Die teilweise Einbindung Chinas in den Prozess der G7/G8-Finanzminister im Jahr 2007 trägt bereits dem Umstand Rechnung, dass Lösungsansätze nicht allein im G8-Kreis entwickelt werden können. Hier wollen wir gemeinsam mit unseren Partnern mit einer Agenda für weltweites Wachstum die bisherigen Erfolge hervorheben und den weiteren Weg auf Grundlage der bisherigen G7/G8-Strategie zum Abbau der globalen Ungleichgewichte aufzeigen.
- **Innovationen fördern – Innovationen schützen:** Innovationen sind der Schlüssel für die Wettbewerbsfähigkeit hoch entwickelter Volkswirtschaften. Dies gilt zunehmend auch in solchen Schwellenländern, die klar fokussierte Innovationsstrategien entwickeln. Gleichzeitig ist eine weltweite Neuverteilung der globalen Potenziale in Forschung und Entwicklung unabweisbar, wie beispielsweise beiliegende Graphik zu Patentanmeldungen aus Schwellenländern zeigt (Graphik 2). Wir wollen daher gemeinsam eine „Forschungsagenda für die kommende Dekade“ erarbeiten, um unsere Kräfte zu bündeln und Synergien zu nutzen. Gleichzeitig wollen wir Innovationsleistungen durch die Stärkung des Schutzes geistigen Eigentums wirksamer schützen. Dabei wollen wir aber nicht nur das Angebot von gefälschten Produkten und Markenpiraterie eindämmen. Es muss auch darum gehen, die Nachfrage

Graphik 2: Patentanmeldungen aus Schwellenländern



PRESEMAPPE

Afrika im Fokus – Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit während des G8-Vorsitzes 2007

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 6./7. Mai 2007 in Potsdam

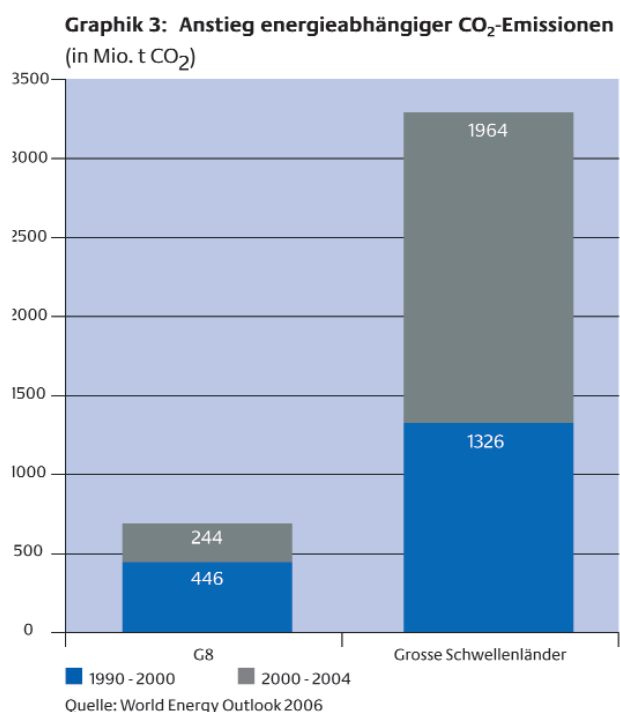
nach solchen Produkten spürbar zurückzudrängen. Dabei kommt insbesondere den Handelsunternehmen eine wichtige Rolle zu. Darüber hinaus wollen wir einen strukturierten und formalisierten Dialog mit den Schwellenländern über die Umsetzungsschwierigkeiten und Verbesserungsmöglichkeiten des internationalen Systems zum Schutz geistigen Eigentums initiieren. Schließlich geht es auch darum, konkrete, sofort umsetzbare Maßnahmen im G8-Kreis zu vereinbaren, die den Schutz geistigen Eigentums verbessern, z.B. eine Vernetzung unserer Zollverwaltungen durch neue EDV-gestützte Informationssysteme.

■ **Investitionen:** Der Weltbestand an ausländischen Direktinvestitionen ist auf fast 10 Billionen US-Dollar angewachsen. Dies entspricht ungefähr einem Viertel der weltweiten Wirtschaftsleistung. Die weltweiten grenzüberschreitenden Direktinvestitionen legten in den letzten 20 Jahren per annum um rund 14 % zu, die Weltextporte nur um knapp 9,6 %. Rund ein Drittel der grenzüberschreitenden Direktinvestitionen fließen in Schwellen- und Entwicklungsländer. Das starke Wachstum der Weltwirtschaft hat eine seiner Grundlagen in liberalen Regelungen für Investitionen in den meisten Volkswirtschaften der Welt. Allerdings ist in der jüngeren Vergangenheit auch ein kritischer Trend zu einem neuen „Investitionsprotektionismus“ zu beobachten. Nach Studien der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) waren in den 90er Jahren praktisch alle Maßnahmen und Regelungen im Investitionsbereich der Liberalisierung verpflichtet. In den letzten Jahren gibt es hier eine eindeutige Trendwende: Der Anteil protektionistischer Maßnahmen und Regelungen ist massiv gestiegen und betrug 2005 20 %. Deutschland strebt daher ein deutliches Zeichen der G8 für offene Investitionsregime an. Definitionsfragen bei Ausnahmen von der Investitionsfreiheit, z.B. das nationale Sicherheitsinteresse, die Frage strategischer Industrien sowie die Spezifika bei Investitionen öffentlicher oder quasi-öffentlicher Unternehmen werden hier eine wesentliche Rolle spielen. Ausgehend vom Bekenntnis („Commitment“) der G8 zur Kapitalverkehrs- und Investitionsfreiheit strebt die deutsche G8-Präsidentschaft an, auf gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Investoren in Industrie- und Schwellenländern hinzuwirken. Unternehmen aus den G8-Staaten sollten bei Investitionen in fortgeschrittenen Schwellenländern die gleichen Investitionsbedingungen haben wie Unternehmen aus diesen Schwellenländern bei Investitionen in den G8-Ländern. Daneben sollen Fragen der Absorptionskapazität von Entwicklungsländern für ausländische Direktinvestitionen angesprochen werden.

■ **Transparenz der Internationalen Kapitalmärkte (Hedge Fonds):** Im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Investitionen wird auch die verbesserte Transparenz und systemische Stabilität der Finanzmärkte insbesondere mit Blick auf Hedge Fonds angesprochen werden. Ziel dabei wird es sein, wie auch die Bundeskanzlerin in Davos betont hat, die systemischen Risiken (Risiken für die Funktionsfähigkeit des gesamten weltweiten Finanzsystems) zu minimieren und die Transparenz auf den Finanzmärkten zu steigern.

■ **Soziale Gestaltung der Globalisierung:** Offene Märkte brauchen aber eine größtmögliche Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am internationalen Wachstum und Wohlstand sowie – damit verbunden – politische Akzeptanz. Die G8-Staaten haben eine besonders große Verantwortung bei der sozialen Gestaltung der Globalisierung. Zu den möglichen Instrumenten zählen beispielsweise die Beachtung und Stärkung sozialer Mindeststandards (Kernarbeitsnormen), die Intensivierung des sozialen Dialogs und die Förderung und Verbreitung der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen (Corporate Social Responsibility, CSR). Die Weiterentwicklung sozialer Sicherungssysteme auch in Schwellenländern ist eine wichtige Zukunftsaufgabe, um den rasanten Industrialisierungsprozess sozial zu gestalten.

■ **Klimaschutz:** Der sich beschleunigende Klimawandel sowie der weltweit beständig steigende Energieverbrauch stellen die Welt vor große Herausforderungen. Nach Angaben der Internationalen Energieagentur (IEA) verbraucht die Welt bereits heute fast zweimal so viel Energie wie



PRESEMAPPPE

Afrika im Fokus – Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit während des G8-Vorsitzes 2007

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 6./7. Mai 2007 in Potsdam

Anfang der 70er Jahre, bis 2030 wird dieser Verbrauch nochmals um die Hälfte steigen. Gleichzeitig werden – so die Schätzungen der IEA – in diesem Zeitraum die energiebedingten CO₂-Emissionen um 55 % zunehmen. Dabei werden die großen Schwellenländer die OECD-Staaten ab 2010 als größte Emittenten ablösen (Graphik 3). Der Klimawandel erfordert ein gemeinsames Handeln der internationalen Staatengemeinschaft.

Der G8-Gipfel in Heiligendamm soll daher genutzt werden, um Impulse für eine weltweite Klimaschutzvereinbarung für die Zeit nach 2012 zu geben. Das G8-Thema Energieeffizienz kann dabei als Brücke zwischen den international unterschiedlichen Ansätzen dienen. Die Verhandlungen für ein internationales Klimaschutzabkommen beginnen Ende 2007 (3.-14.12.2007, Bali) und müssen 2009 abgeschlossen werden, damit eine Anschlussregelung zu Kyoto nach 2012 rechtzeitig in Kraft treten kann. Neben internationalen Klimaschutzverhandlungen werden im G8-Prozess auch Themen wie Anpassung an den Klimawandel und Vermeidung der Entwaldung aufgenommen.

- **Energieeffizienz:** Eine weltweit verbesserte Energieeffizienz ist der nachhaltigste und kostengünstigste Weg, die Treibhausgasemissionen zu verringern und gleichzeitig die Energieversorgungssicherheit zu erhöhen. Daher soll im Bereich Energie der Schwerpunkt auf Energieeffizienz gelegt werden. Damit wird vermieden, dass die Ergebnisse von Gleneagles (2005) und St. Petersburg (2006) (Energieversorgungssicherheit) dupliziert werden oder der japanischen G8-Präsidentschaft 2008 (Gleneagles-Follow-up) vorgegriffen wird. Ziel ist eine Fokussierung auf die Bereiche, die für den Klimaschutz besonders relevant sind: Gebäude („Sustainable Buildings“), Verkehr (u.a. innovative Antriebe und alternative Kraftstoffe) und Kraftwerke („Clean Fossil Fuels“). Dabei streben wir vor allem an, dass die G8 die avisierten Ziele durch konkrete Zusagen und nationale Maßnahmen unterstreichen. Zur Steigerung der Energieeffizienz weltweit soll außerdem eine verstärkte technologische Zusammenarbeit mit den großen Schwellenländern angeregt werden. Als konkrete Ergebnisse im Bereich der Kraftwerkstechnologien zielen wir auf die weltweite Anhebung der Wirkungsgrade durch Innovationen und international verstärkte technologische Zusammenarbeit sowie Förderung neuer hochinnovativer Kraftwerkstechnologien (CO₂-Abscheidung und Speicherung) ab.

2

- **Rohstoffe:** Die künftige Verfügbarkeit von Rohstoffen ist aufgrund der großen Nachfragersteigerung, insbesondere durch die Schwellenländer, von hoher Aktualität. Industrie- und Schwellenländer haben ein besonderes Interesse sowie eine große Verantwortung, dass die weltweiten Rohstoffpotenziale verantwortungsvoll genutzt werden und der Ressourcenreichtum einen größtmöglichen Beitrag zum Entwicklungsprozess leistet. Deshalb wollen wir in Heiligendamm die Transparenz im Rohstoffsektor weiter fördern. Konkret wird es darum gehen, die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) zu stärken und neue Wege zur Zertifizierung von Rohstoffen zu beschreiten.

Wachstum und Verantwortung in Afrika

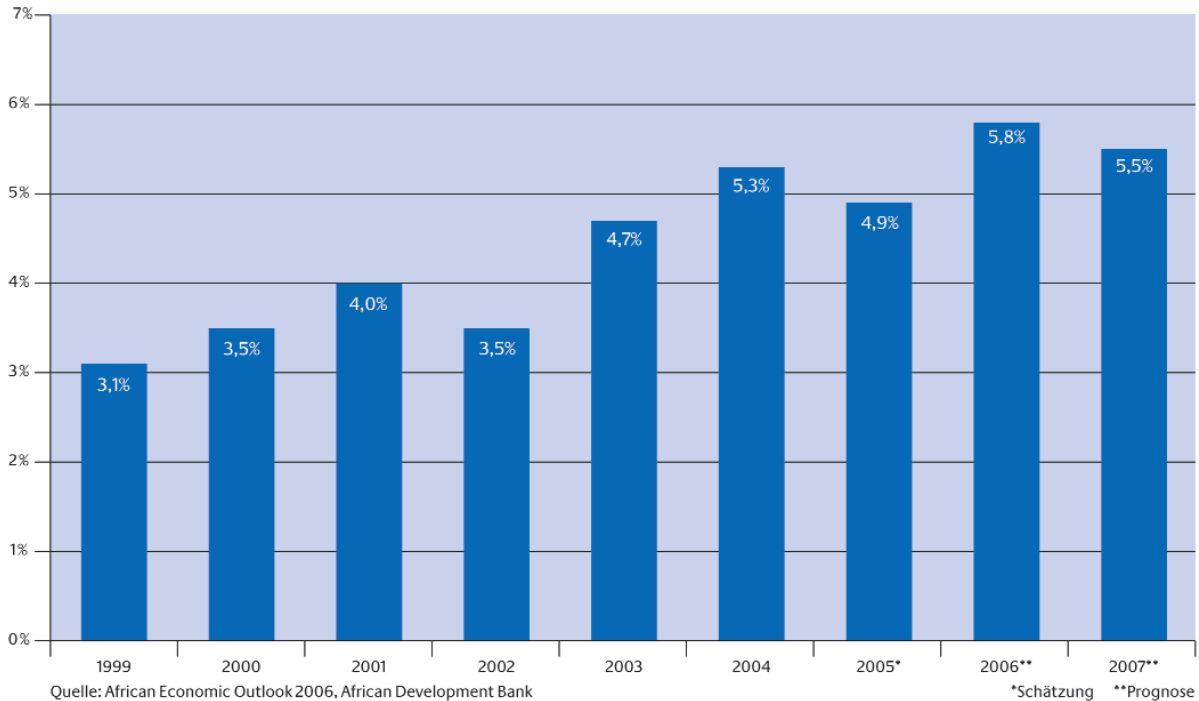
Afrika steht besonders großen Herausforderungen gegenüber: Zwar liegt das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in Afrika über 5 % (Graphik 4). Trotzdem lebt die Hälfte der afrikanischen Bevölkerung in absoluter Armut. Jedes Jahr infizieren sich über drei Millionen Afrikaner neu mit HIV/Aids. Die durchschnittliche Lebenserwartung südlich der Sahara liegt bei nur 46 Jahren.

Der Kampf gegen Armut und Unterentwicklung war schon immer ein wichtiges Anliegen der G8. Beim Gipfel in Köln 1999 war der Schuldenerlass für die Ärmsten der Armen ein wichtiger Schritt. In Gleneagles 2005 wurden mit dem multilateralen Schuldenerlass und mit zusätzlichen Finanzzusagen, die die Europäische Union mit dem ODA (Official Development Assistance)-Stufenplan konkretisierte, weitere Schritte unternommen.

Die deutsche G8-Präsidentschaft ist aber der Auffassung, dass öffentliche Mittel und Entschuldung alleine nicht ausreichen werden, um die Millenniums-Entwicklungsziele in Afrika zu erreichen. Hierfür sind Wirtschaftswachstum und Investitionen, Eigenverantwortung und Reformprozesse in Afrika wichtige Voraussetzungen. Mit der Verabschiedung des Afrika-Aktionsplans auf dem Gipfel 2002 in Kananaskis/Kanada haben sich die G8 zur Unterstützung afrikanischer Reformprozesse im Sinne der Neuen Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD) verpflichtet. Deutschland will den vertrauensvollen G8-Dialog mit den afrikanischen Partnern wieder aufnehmen. Wir sehen insbesondere vier Handlungsfelder für die Intensivierung und Fortführung der Reformpartnerschaft der G8 mit Afrika.

- **Gute Regierungsführung:** Verantwortungsvolle Regierungsführung ist der Schlüssel für Frieden, Stabilität und nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Die Afrikanische Union (AU) und ihr Programm NEPAD, das 2001 entwickelt wurde, hat bereits wichtige Reformimpulse sowie einen Prozess der gegenseitigen Beurteilung und Unterstützung African Peer Review Mechanism (APRM) ausgelöst. Die G8 unterstützen die afrikanischen Partner bei der Durchführung des Peer Reviews und der Umsetzung der sich daraus ergebenden politischen Schlussfolgerungen. Die

Graphik 4: Wirtschaftswachstum in Afrika, BIP-Wachstumsraten Afrika



Förderung der afrikanischen Regionalorganisationen, das Management öffentlicher Finanzen und der Kampf gegen Korruption sind weitere wichtige Zielsetzungen. Die Gebergemeinschaft ist zusätzlich verpflichtet, sich um höhere Effektivität und bessere Koordinierung ihrer Entwicklungsfinanzierung im Sinne der Erklärung von Paris zu bemühen und neue Geber, insbesondere China, in diesen Dialog mit einzubeziehen.

- **Nachhaltige Investitionen:** Unerlässlich für das Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele und ein nachhaltiges, armutsminderndes Wirtschaftswachstum sind privatwirtschaftliche Investitionen. Deutschland wird Maßnahmen unterstützen, die das Investitionsklima in Afrika verbessern und private Investitionen erleichtern und wird der Investment Climate Facility (ICF) beitreten. Ferner werden die G8 die afrikanischen Regionalorganisationen bei der Umsetzung von Infrastrukturinvestitionen institutionell unterstützen, um die hohen Produktions- und Transportkosten in Afrika zu verringern. Deutschland will einen regionalen Mikrofinanzfonds für Afrika auflegen, um einzelne Mikro-kreditmaßnahmen koordiniert zu fördern, und sich dafür einsetzen, Kapitaltransfers von afrikanischen Auswanderern in ihre Heimatländer zu erleichtern.
- **Frieden und Sicherheit:** Konfliktbewältigung und Friedenssicherung sind zentrale Voraussetzungen im Kampf gegen die Armut. Europa als unmittelbarer Nachbar hat angesichts der Migrationsbewegungen bei Kriegen und Konflikten an der Gestaltung von Frieden und Sicherheit in Afrika auch ein unmittelbares Eigeninteresse. Die G8 unterstützen die AU beim Aufbau einer eigenständigen afrikanischen Sicherheitsarchitektur. Der Aufbau der African Standby Force (ASF) in fünf Regionen Afrikas, die Unterstützung des Friedens- und Sicherheitsrates der AU sowie die Stärkung der zivilen Komponente der ASF und der Postkonflikt-Kapazitäten der AU sowie eine verbesserte Geberkoordinierung sind weitere Ziele der deutschen G8-Präsidentschaft.
- **Stärkung von Gesundheitssystemen, Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria:** 70 % der insgesamt über 40 Millionen HIV-Infizierten leben in Afrika südlich der Sahara. Nicht einmal eine Million der Kranken in Afrika haben Zugang zu Behandlung und Medikamenten. In einigen Ländern Afrikas wird das Bruttoinlandsprodukt infolge von HIV/Aids laut Schätzungen von UNAIDS bis zum Jahr 2020 um mehr als 20 % fallen. Die Krankheit droht die Wirtschaftsentwicklung und Reformanstrengungen massiv zu beeinträchtigen. Die G8-Staaten haben sich verpflichtet, die Zunahme von HIV/Aids bis 2015 möglichst zu stoppen und dem Ziel eines allgemeinen Zugangs („Universal Access“) zu Prävention, Behandlung und Pflege bezüglich HIV/Aids bis 2010 so nahe wie möglich zu kommen. Deutschland und die anderen G8-Partner sind in diesem Jahr gefordert, ihren Beitrag für die künftige Arbeit des Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria zu leisten.

PRESSEMAPPE

Afrika im Fokus – Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit während des G8-Vorsitzes 2007

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 6./7. Mai 2007 in Potsdam

Insgesamt ist die Agenda für den G8-Gipfel Ausdruck der fundamentalen Erkenntnis, dass globale Kooperation und politische Gestaltung zunehmend wichtig werden. Deutschland ist sich hierbei seiner Verantwortung als drittgrößte Volkswirtschaft wohl bewusst. Wenn es gelingt, alle relevanten Akteure, auch die neu aufstrebenden Schwellenländer einzubeziehen, dann sind die Aussichten gut, dass sich die Weltwirtschaft weiter gut entwickelt, dass zunehmend mehr Länder und breitere Bevölkerungsschichten an dem globalen Wohlstand teilhaben und sich kulturell und gesellschaftlich weiterentwickeln können und dass schließlich für die drängenden globalen Probleme wie Klimaschutz und Energieversorgung rechtzeitig Lösungsansätze entwickelt werden. Dafür wird sich Deutschland im Rahmen der G8-Präsidentschaft einsetzen.

PRESSEMAPPE

Afrika im Fokus – Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit während des G8-Vorsitzes 2007

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 6./7. Mai 2007 in Potsdam

Key Note Speech

Die Zukunft Afrikas – eine Vision

evtl. Text Taddy Blecher

PRESSEMAPPE

Afrika im Fokus – Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit während des G8-Vorsitzes 2007

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 6./7. Mai 2007 in Potsdam

Der Standpunkt

Warum es sich lohnt, in Afrika zu investieren

Redemanuskript, Bianca Buchmann, Präsidentin des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft, geschäftsführende Gesellschafterin Hospital Engineering GmbH

Meine Damen und Herren,

„Songs für Afrika“ – diese und andere Initiativen zielen auf unsere Herzen, öffnen unsere Geldbeutel und füllen die Konten von Hilfsorganisationen. Erlauben Sie mir die Frage: Warum betrachten wir Afrika fast nur als Region, in der man Wohltaten von uns erwartet? Wann werden wir den schwarzen Kontinent als Ort der Hoffnung und der Chancen begreifen lernen?

Wirtschaftlich gesehen haben wir überwiegend ein einseitiges Bild von Afrika, nämlich als Rohstofflieferant – und spätestens seit der Fußball WM vielleicht noch als Reservoir guter Fußballspieler, die in England, Frankreich und Deutschland Millionen verdienen. Aber wer weiß schon, dass bekannte deutsche Automarken aus Afrika heraus den Weltmarkt beliefern und dass diese lokalen Werke im internationalen benchmarking an vorderster Stelle liegen?

Afrika hat sicherlich ein Imageproblem. Kriege, Chaos, Hungersnot, Armut: all das eignet sich für die 8 Uhr Nachrichten. Und schnell entsteht die Gleichung un(ter)entwickelt = unattraktiv. Was viel seltener geschieht, ist die Darstellung und die Wahrnehmung des afrikanischen Kontinents als Wirtschaftsstandort. Dabei heißt die Aufgabe nicht „schön reden“ sondern differenzieren. Letztendlich betrachtet trotz der fortgeschrittenen Integration auch keiner die Europäische Union als einheitlichen Wirtschaftsraum sondern als eine Vielzahl unterschiedlicher Wirtschaftsstandorte, die miteinander konkurrieren. Und genau diese Detailbetrachtung fehlt vielfach bei Afrika. Und vor Ort mangelt es, das möchte ich hinzufügen, an dem Bewusstsein für die Positionierung als Konkurrenten um Kapital (sprich Investitionen), das sich weltweit frei bewegt und nach den besten Standorten sucht. Leider sehen sich immer wieder einzelne Länder als Inseln der Glückseligkeit, für die Wettbewerb und Globalisierung unverändert noch Fremdwörter sind.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie die folgenden zwei Beschreibungen einmal bewusst auf sich wirken:

◀Deutsch-Afrikanische Wirtschaftsbeziehungen▶

1. Der Warenaustausch stagniert seit Jahren bei rund. 2% am gesamten Außenhandelsvolumen Deutschlands und bleibt somit im Bereich der Marginalität. Zudem sind die Handelsströme regional sehr unterschiedlich verteilt: 1/3 entfällt allein auf die Südspitze, inklusive der nördlichen Region sind wir bei 80%.

◀Chinesisch-Afrikanische Wirtschaftsbeziehungen▶

2. Exponentielle Zuwachsraten. Allein in den neunziger Jahren stieg das Handelsvolumen um 700 Prozent. Von 2002 auf 2003 verdoppelte es sich – um dann 2004 noch einmal nahezu 100 Prozent zu zulegen. Großbritannien wurde inzwischen von Platz drei als wichtigster Handelspartner verdrängt, nur noch die USA und Frankreich liegen weiter vorn. Diese Verschiebung der traditionellen Handelswege wird in Deutschland noch nicht entsprechend wahrgenommen bzw. bleibt ohne Konsequenzen.

Von welchen Wirtschaftsbeziehungen spreche ich? Natürlich von Afrika auf der einen Seite. Aber ist es ein und dasselbe Afrika, das einmal so träge, das andere Mal so dynamisch erscheint? Ja, es ist dasselbe Afrika. Wie man Afrika bewertet, ist nämlich eine Frage der Perspektive und der Interessen. Das eine ist die westliche Sichtweise, das andere die chinesische. Im Gegensatz zu Deutschland, Europa und den Vereinigten Staaten sieht China in Afrika nicht zuallererst den Hunger- und Katastrophenkontinent sondern mit Rohstoffen gesegnete Regionen und nach Konsumgütern lechzende Populationen. Überall, wo es Öl, Kupfer, Kobalt, Platin etc. gibt, tauchen die Chinesen auf.

PRESSEMAPPE

Afrika im Fokus – Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit während des G8-Vorsitzes 2007

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 6./7. Mai 2007 in Potsdam

Bekannt sind in Deutschland jedoch meist nur die gängigen Vorstellungen und Argumente, die man gemeinhin gegen ein Engagement in Afrika vorbringt, wie:

- Geringe Marktgröße und fehlende Kaufkraft
- Marktintransparenz und fehlende marktwirtschaftliche Institutionen
- Korruption, Rechts- und Vertragsunsicherheit und schlechte Regierungsführung
- Mangelnde Infrastruktur und daraus resultierende hohe Transaktionskosten
- Gering qualifiziertes Humankapital
- Instabiler politischer Rahmen, womit ein hohes Risiko von gewalttätigen Auseinandersetzungen einhergeht, in Extremfällen gar das Risiko von Enteignungen.

Niemand will den angeführten Argumenten ein gewisses Gewicht absprechen. Ich persönlich schon gar nicht, denn mit nahezu allen genannten Probleme habe ich als Unternehmerin schon Bekanntschaft gemacht. Dennoch stehen dieser Wahrnehmung auch andere Zahlen gegenüber: Afrika weist insgesamt seit einigen Jahren eine reale Wachstumsrate von über 5% auf, Tendenz weiter steigend. Und da dies ein Durchschnittswert ist, liegen einzelne Volkswirtschaften deutlich darüber – eine Perspektive, von der wir hier in Deutschland nur träumen können.

Doch noch einmal kurz zurück zu China. Ob das erwähnte starke chinesische Engagement für Afrika Fluch oder Segen ist, darüber gibt es sehr unterschiedliche Meinungen. Der deutschen Industrie jedenfalls entgehen eindeutig massive Geschäftschancen. Staudämme, Flughäfen, Kraftwerke, Straßen, Eisenbahnnetze: Wir sind nur noch bei der Konzeption gefragt, vielleicht noch im Projekt Management, nicht mehr aber bei der Umsetzung. Wir können preislich nicht mithalten oder haben erst gar keine Chance, da Lieferbindungen an chinesische Firmen bei Krediten Vorschrift sind. Das, was traditionell unsere Stärke war, nämlich das Anbieten von Komplettlösungen von der Finanzierung über das Engineering und den Bau bis hin zur Schulung von einheimischem Personal, dieses Terrain müssen wir nun mit anderen teilen. Und das Ganze geschieht auch noch in einem Bruchteil der Zeit, die ein solches Projekt bei westlicher Finanzierung z.B. durch die EU benötigen würde. Dabei handelt es sich selbstverständlich um eine staatlich geförderte Investitionspolitik, weiche Kredite, zinslose Darlehen, denen wir nichts entgegensetzen haben.

Leider förderte auch der Erlass von Embargos und Sanktionen, an die westliche Firmen gebunden waren, über Jahre hinweg ein Vakuum auf dem afrikanischen Kontinent, in das China ohne Bedenken rechtlicher oder politischer Art eindringen konnte. Die staatlichen und manchmal auch die privaten chinesischen Firmen agieren dabei als der verlängerte Arm nationaler Interessen. Sei es in der Rohstoffsicherung, beim Aufbau von Absatzmärkten für chinesische Produkte oder bei der Übernahme lokaler afrikanischer Produktionsstätten und den damit verbundenen Privilegien auf internationalen Vertriebswegen. Da sich China zudem nicht in die inneren Angelegenheiten der Länder einmisch (ganz im Gegenteil zum Westen und den Internationalen Finanzinstitutionen, die zu Recht gute Regierungsführung verlangen), erscheint es als attraktiver Partner für nach Souveränität strebende Regierungen. Dass bei vielen Infrastrukturprojekten überwiegend chinesische Arbeitskräfte zum Einsatz kommen, wird dann schon mal großzügig übersehen. Auch über die Nachhaltigkeit macht man sich keine Gedanken, denn dafür ist die Entwicklung noch zu jung, und das Etikett „billig“ lässt nahezu alles erst einmal in einem attraktiven Licht erscheinen.

Haben wir Deutsche da überhaupt noch Chancen? Auf jeden Fall wird es immer schwieriger und enger. Unser Verständnis von Außenwirtschaftsförderung und das der Chinesen haben wenig miteinander zu tun. Wir müssen immer wieder Innovationsführer sein und die Nähe zu Afrika als Chance begreifen.

Derzeit leben ca. 750 Millionen Menschen in Afrika, das entspricht 11,5% der Weltbevölkerung auf einer Landmasse, die 21% des Globus darstellt. Afrika ist ein Kontinent reich an Bodenschätzen und mit hohem Agrarpotenzial. Mit seinen Regenwäldern und der Abwesenheit von schädlichen Emissionen stellt es noch eine ökologische Lunge dar, deren Wert wir mehr und mehr schätzen lernen.

Die im Jahr 2002 nach dem Vorbild der Europäischen Union gegründete Afrikanische Union stellt einen wesentlichen Beitrag zur Selbstbestimmung dar. Nahezu zeitgleich entstand NEPAD, die Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung. Damit hat Afrika selbst die Verantwortung für die Definition seiner Probleme und deren Lösung übernommen. Der Privatwirtschaft ist in diesem Prozess eine wichtige, tragende Rolle zugewiesen, sie wird gemeinhin als der „Motor“ der Entwicklung bezeichnet.

Diese Aufgabe erfüllt die Privatwirtschaft durch Allokationsentscheidungen, die einzig auf Effizienzkriterien beruhen – denn Ziel jedweder privaten Initiative, die frei von politischen Erwägungen ist, bleibt eine langfristige Gewinnmaximierung. Und die ist anders nicht zu erreichen. So entsteht ein sich selbst verstärkender Prozess, der über Arbeits-

PRESSEMAPPE

Afrika im Fokus – Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit während des G8-Vorsitzes 2007

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 6./7. Mai 2007 in Potsdam

teilung, Einsatz von fortschrittlichen Technologien und Managementmethoden zu einer Steigerung der Produktivität führt. Entstehende Überschüsse führen zu einer Kapitalbildung, die Reinvestitionen ermöglicht – nicht nur in Kapitalgüter, sondern auch in die dann zunehmend notwendig werdende Qualifizierung des Humankapitals. Im afrikanischen Kontext hat sich gezeigt, dass insbesondere die Investition in die Bildung und Weiterbildung von Frauen einen signifikanten Beitrag zur Modernisierung der Gesellschaften leisten kann.

Bei den Möglichkeiten, die sich bieten, sollte unser Blick nicht nur auf die spektakulären Investitionen der Großindustrie gerichtet sein, sondern insbesondere auf die Chancen für kleinere und mittlere Betriebe. Eine dabei bildlich gesprochen hilfreiche „Lupe“ ist der Afrika Verein der deutschen Wirtschaft mit Sitz in Hamburg, dessen Vorsitzende ich bin. Wir bündeln zum einen die Interessen der deutschen Industrie und Dienstleister im Afrikageschäft gegenüber den Regierungen in Deutschland, Europa und Afrika. Zum anderen sind wir mit mehr als 500 Mitgliedern der Know-how-Pool, was Afrika betrifft. Unsere tägliche Arbeit besteht aus der Darstellung von Geschäftschancen in einzelnen Sektoren, unserem Kampf um den Abbau von tarifären und nichttarifären Handelshemmnissen, die Gewährleistung von Investitionsanreizen, die Durchsetzung von Rechts- und Vertragssicherheit und dergleichen mehr. Auch muss das unternehmerische – und teilweise hohe – Risiko deutscher Firmen in Afrika abgemildert werden. Einer Subventionierung von Direktinvestitionen wird hier nicht das Wort geredet (Fehlallokationen!) sondern anderen Instrumenten, wie z.B. einer Erhöhung der Markttransparenz u.a. durch den Afrika-Verein.

Und funktionstüchtige Privatunternehmen schaffen sich erfahrungsgemäß im Laufe der Zeit automatisch auch funktionstüchtige privatwirtschaftliche Institutionen, die im besten Fall einen handlungsfähigen Gegenpol zu Regierungen bilden. Wie weit sich die Wirtschaft in ihrer Funktionsfähigkeit von der Politik lösen kann beweist z.B. immer wieder Kenia, wo trotz schlechter Politik gutes Wirtschaften möglich ist.

Mit den Themenkomplexen Rechtssicherheit und „good governance“ möchte ich kurz überleiten zum Thema Entwicklungspolitik.

Die Bilanz von 50 Jahren Entwicklungspolitik in Afrika ist ernüchternd. Nicht zu überhören sind außerdem die zunehmenden intellektuellen Stimmen aus Afrika selbst, die gar ein Ende der „schrecklichen Hilfe“ fordern. Auch wenn niemand ernsthaft das Ende jeglicher Entwicklungszusammenarbeit wünschen kann, so spricht doch vieles für eine Neuausrichtung.

Der prominenteste Vertreter dieser Strömung ist der kenianische Ökonom James Shikwati. Er kritisiert die Eigeninteressen der Geber und ihre belehrende Haltung. Stattdessen fordert er einen Austausch zwischen „Gleichen“, d.h. einfach Geschäfte miteinander machen (s. FAZ – Artikel vom 04.04.2007: „Wer Afrika helfen will, darf kein Geld geben“).

Entwicklungshilfe kann privates Produktivkapital nicht ersetzen und birgt stets die Gefahr, die Privatwirtschaft zu politisieren und Energie und Ressourcen auf politische und bürokratische Vorgänge zu lenken. Eine sich selbst tragende Entwicklung muss aber auf endogenen Faktoren beruhen. Weltweit betrachtet wurde Wohlstand immer da geschaffen, wo wirtschaftliche Kräfte sich frei entfalten durften. Daher sind CHANCEN das, was wir großzügig verteilen sollten, nicht ALMOSEN.

Nun beruht das Geschäftsmodell von Privatunternehmen bekanntlich nicht auf Wohltätigkeit. Sie müssen Profite erzielen – und tun das auch – durch stetige Verbesserung des Managements und Know-How Transfer. Daneben wird insbesondere in ausländischen Niederlassungen eine besondere soziale Verantwortung der Umwelt und den lokalen Mitarbeitern gegenüber wahr genommen. Unternehmen in Afrika gewähren so manche Sozialleistungen, die in Deutschland inzwischen eher als altmodisch gelten, wie Werkswohnungen, eigene Gesundheitsprogramme, Kredite, Ausbildungsmaßnahmen für die Kinder von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Selbstverständlich auch eine gute Entlohnung, nämlich eine über dem Durchschnitt der einheimischen Industrie, sowie vielfältige Qualifizierungsanstrengungen. Damit füllt der Privatsektor natürlich Lücken im staatlichen Bereich, aber wir haben eben auch die Gestaltungsfreiheit. Denn wenngleich es in allen Ländern mannigfaltige bürokratische Vorschriften gibt, gelingt es sowohl den Unternehmen insgesamt als auch insbesondere den Führungskräften etwas zu „unternehmen“ – während wir uns hier in Deutschland ja doch häufiger gezwungen sehen, vielen Vorschriften folgend, etwas zu „unterlassen“.

Um Sie etwas näher an die Realität heranzuführen: ein Gehaltsempfänger ernährt in Afrika in der Regel elf weitere Personen! Und Ruhestand bedeutet meistens ein „zweites“ Arbeitsleben als Selbstständiger, vielleicht mit einer bescheidenen Farm oder mit einem kleinen Geschäft, auf jeden Fall aber ein weiterer täglicher Kampf ums Überleben, denn eine Absicherung durch Rente in unserem Sinn können Sie vergessen.

PRESEMAPPPE

Afrika im Fokus – Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit während des G8-Vorsitzes 2007

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 6./7. Mai 2007 in Potsdam

Die Attraktivität einzelner Volkswirtschaften wird von zahlreichen Faktoren beeinflusst. Dazu gehören sowohl der makroökonomische Policy Mix d.h. eine ausreichend restriktive Geld- und Fiskalpolitik als auch politische Stabilität; ferner eine gesunde Geldwirtschaft, insbesondere ein leistungsfähiges Bankenwesen und Finanzsystem; ein Aus- und Weiterbildungssystem, das den Bedürfnissen der Wirtschaft gerecht wird; eine funktionierende physische Infrastruktur, da ansonsten die Transaktionskosten nach oben gehen; ein effizienter Regierungsapparat und die Bekämpfung des Übels Korruption, was zunehmende Transparenz im öffentlichen Sektor und die stringente Durchsetzung vorhandener Gesetze voraussetzt. Afrika hat da teilweise noch Nachholbedarf, bewegt sich dank internationaler Unterstützung insbesondere im Bereich „Institution Building“ insgesamt jedoch immer mehr im grünen Bereich.

Erfolg hängt im einzelnen aber auch stark von sogenannten „weichen“ Faktoren ab, die häufig die höhere Eintrittsbarriere darstellen. Das richtige Produkt und der richtige Preis vorausgesetzt – denn ohne die läuft gar nichts – ist noch der richtige Kanal erforderlich, um am Markt zu bestehen. Gerade weil die rechtlichen Rahmenbedingungen noch nicht perfekt sind, weil Managementkapazität noch unterentwickelt ist, weil Eigenverantwortung und Risikobereitschaft noch in den Kinderschuhen stecken, spielt ein Netzwerk zwischenmenschlicher Beziehungen eine wichtige Rolle. Die richtigen Kontakte sind im Zweifelsfall wertvoller als die juristisch einwandfreien Kontrakte. Probleme werden eher auf persönlicher als auf abstrakter Ebene gelöst. Die Anzahl der Fettnäpfchen, in die man treten kann, ist groß, aber Lösungen lassen sich meiner Erfahrung nach schnell darstellen.

Rohstoffboom in Afrika – wer profitiert vom Ölreichtum?

Erdöl in Afrika: Akteure und Fakten

- Westafrika ist die am schnellsten wachsende Ölförderregion weltweit. In den kommenden zehn Jahren werden voraussichtlich etwa 50 Milliarden Dollar an Investitionen in afrikanische Ölfelder fließen. Dies ist die größte Investition in der Geschichte Afrikas.
- Die Öl-Vorkommen am Golf von Guinea werden auf sieben Prozent der Weltreserven geschätzt.
- Die erdölproduzierenden Länder Nigeria, Angola, Äquatorialguinea, Kongo (Brazaville), Gabun, Sudan, Kamerun, Tschad und Sao Tomé & Príncipe liegen deutlich im letzten Drittel des Human Development Index der UN. In fünf dieser Staaten liegt die durchschnittliche Lebenserwartung unter 50 Jahren.
- Nigeria ist der größte Ölproduzent in Afrika und derzeit sechstgrößter Produzent der Welt. Die Erdöleinnahmen seit 1960 werden auf 600 Milliarden US-Dollar geschätzt. Trotz dieses Ölreichtums leben 70 Prozent der Bevölkerung von weniger als einem Dollar am Tag und muss Nigeria etwa 70 Prozent seiner Erdölprodukte importieren. Die Schattenwirtschaft umfasst 58 Prozent des Bruttoinlandproduktes.
- Angola ist Afrikas zweitgrößter Erdölproduzent. 2001 waren fast 90 Prozent seiner Exporte Erdöl und -derivate im Wert von 5,8 Milliarden US-Dollar. Nach Angaben der Weltbank führt ein Preisanstieg von 10 US-Dollar pro Barrel Rohöl in Angola zur Erhöhung des BIP um 30 Prozent. Zwischen 1997 und 2002 verschwanden laut der britischen NRO Global Witness in Angola mehr als vier Milliarden US-Dollar an staatlichen Erdöleinnahmen.
- In Gabun wurden Reserven von 2,5 Millionen Barrel nachgewiesen, jedoch sank die Produktion von 1997 bis 2005 um circa 37 Prozent. Da Gabun andere Wirtschaftszweige vernachlässigt hat, steht die nationale Wirtschaft vor großen Herausforderungen.
- Mit Ausnahme Nigerias ist kein afrikanisches Land Mitglied der OPEC.
- Aufgrund ihres steigenden Energiebedarfs treten asiatische Staaten (China, Malaysia, Indien, Indonesien etc.) als neue Akteure am afrikanischen Erdölmarkt auf. Während zum Beispiel der Sudan fünf Prozent der staatlichen Petroleum Corporation besitzt, gehören China und Malaysia 70 Prozent. Indien erwarb 2003 die restlichen 25 Prozent. Inzwischen liefert Sudan 60 Prozent seiner Produktion nach China. Zum größten Öllieferanten Chinas wurde in kürzester Zeit Angola.
- China scheint eine Alternative zu westlichen Handelspartnern geworden zu sein. Die Investitionspolitik Chinas trägt dazu bei, autoritäre Regierungen - unter Verweis auf die internen Angelegenheiten des jeweiligen Partnerlandes – zu stärken. Dies droht die gemeinsamen Bemühungen der G8 und afrikanischer Akteure zur Förderung von Demokratie, Frieden und Sicherheit sowie von Transparenz zu unterlaufen.

PRESEMAPPPE

Afrika im Fokus – Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit während des G8-Vorsitzes 2007

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 6./7. Mai 2007 in Potsdam

Good Governance – eine Definition

Verantwortungsvolle Regierungsführung meint die Orientierung staatlichen Handelns an einer gerechten und nachhaltigen Entwicklung, an Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und der Beteiligung der Zivilgesellschaft an politischen Entscheidungen. Auch der verantwortungsvolle Umgang des Staates mit politischer Macht und öffentlichen Ressourcen sowie gute Entfaltungsmöglichkeiten für die Privatwirtschaft zählen dazu. Good Governance hat daher entscheidende Bedeutung für eine nachhaltige Entwicklung und die Armutsbekämpfung. Häufig wird trotz Instabilität und Unsicherheit ausreichend Kapital generiert, wie viele rohstoffreiche Länder in Afrika zeigen. Jedoch muss dieses Kapital auch im Sinne der Armutsbekämpfung eingesetzt werden. Auch hierfür steht gute Regierungsführung (*Good Financial Governance*). Daher ist es wichtig, dieses Prinzip von den Lokalverwaltungen bis hin zu obersten Regierungsbehörden institutionell zu verankern. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt vor allem Reformen der Regierungsführung, die Stärkung von Dezentralisierung sowie die stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft und die Korruptionsbekämpfung.

Mit der Neuen Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD) hat eine Reihe afrikanischer Staaten 2001 einen tief greifenden Reformprozess angestoßen. Unter anderem wurde unter Aufgabe der Prinzipien der Nichteinmischung und der Nichtintervention ein freiwilliger, umfassender und transparenter Prozess zur gegenseitigen Beurteilung und Unterstützung vereinbart, der African Peer Review Mechanism (APRM). Bisher haben 26 afrikanische Staaten sich verbindlich verpflichtet, Peer Reviews durchzuführen. Dies bedeutet auch, dass sie sich einer öffentlichen Diskussion über den Prüfungsprozess stellen und Reformen entsprechend der Empfehlungen des Reviews umsetzen. Im Rahmen des G8-Afrika-Aktionsplans unterstützt Deutschland die Reformprojekte der NEPAD-Initiative mit jährlich etwa 60 Millionen Euro.

Transparenz der Rohstoffeinnahmen als Entwicklungsvoraussetzung

Einnahmentransparenz ist eine fundamentale Voraussetzung für Good Governance und daher entscheidend für eine erfolgreiche Armutsbekämpfung: Mit den Einnahmen aus Öl, Gas und Mineralien kann der Lebensstandard der Menschen in rohstoffreichen Ländern entscheidend erhöht werden, können Armut und Hunger langfristig bekämpft werden. Dies ist der Grund für so genannte Transparenzinitiativen wie Transparency International (TI) und die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI).

Transparency International (TI)

TI ist eine nichtstaatliche, unabhängige Organisation mit Sitz in Berlin, die sich weltweit in der Bekämpfung von Korruption engagiert. 1993 in Berlin vom ehemaligen Weltbankdirektor Peter Eigen mit engagierten Partnern aus aller Welt gegründet, entwickelte sich TI schnell zu einer der erfolgreichsten Anti-Korruptionsbewegungen der Welt mit Büros in mehr als 90 Ländern. Im Gegensatz zu Organisationen wie zum Beispiel Greenpeace setzt TI nicht auf Konfrontation. Vielmehr versucht TI Regierungs-, Wirtschafts- und Gesellschaftsvertreter von den Vorteilen des nicht korrupten Verhaltens zu überzeugen.

TI publiziert regelmäßig vier Korruptionsindizes:

- 1. Corruption Perceptions Index (CPI):** Der CPI listet jährlich Länder danach auf, wie korrupt Politiker und Amtsträger im Vergleich wahrgenommen werden. Der Indexwert liegt zwischen 0 (völlig korrupt) und 10 (völlig unkorrupt). 2006 wurden 163 Staaten gelistet und hierfür 12 verschiedene Erhebungen und Untersuchungen von neun unabhängigen Instituten ausgewertet. Regelmäßig werden in erster Linie ausländische Länderanalysten und Geschäftsleute befragt.
In 2006 befanden sich die Erdölexporture Sudan und Tschad auf Rang 156; Äquatorialguinea auf Rang 151; Angola, Nigeria und die Republik Kongo auf Platz 142, Kamerun auf Rang 138 und Gabun auf der 90. Stelle.
- 2. Bribe Payers Index (BPI):** Der BPI führt auf, aus welchen führenden Exportstaaten die höchsten Korruptionzahlungen stammen.
- 3. Globales Korruptionsbarometer:** Hierfür werden Privatleute befragt, wie stark welche Lebensbereiche von Korruption betroffen sind.
- 4. Globaler Korruptionsreport (Global Corruption Report):** Jahrbuch mit thematischem Fokus (2007: Korruption im öffentlichen Gesundheitswesen), vom BMZ gefördert

PRESSEMAPPE

Afrika im Fokus – Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit während des G8-Vorsitzes 2007

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 6./7. Mai 2007 in Potsdam

Transparenzinitiative der rohstoffgewinnenden Industrie (EITI)

EITI ist das Resultat einer globalen Initiative von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, von Unternehmen und Kapitalanlegern, die für mehr Transparenz von Geldflüssen in Zusammenhang mit Bodenschätzen eintritt. Sie wurde auf der Nachhaltigkeitskonferenz 2002 in Johannesburg gegründet. Die Bundesregierung ist Mitglied im globalen EITI-Aufsichtsrat (Chairman Peter Eigen) und unterstützt diese Initiative politisch und finanziell. Die Mitgliedschaft bei EITI ist freiwillig. Allein in Afrika haben sich 15 Staaten sowie 23 Unternehmen der Initiative angeschlossen. Insbesondere Guinea und Ghana, Nigeria hat einen kompletten Berichtszyklus durchlaufen.

Weltbank und Internationaler Währungsfonds berücksichtigen die Anwendung von EITI bei ihren internen Handlungsanleitungen. Die Weltbank wird künftig nur noch Vorhaben im Bereich der Rohstoffgewinnung unterstützen, welche die Transparenz-Vorgaben von EITI respektieren. Zur technischen und finanziellen Unterstützung bei der Implementierung von EITI wurde 2004 ein sogenannter Multi-Donor EITI Trust Fund unter Verwaltung der Weltbank eingerichtet. Deutschland beteiligte sich an diesem Fonds mit 500.000 Euro.

Publish What You Pay (PWYP)

PWYP wurde von der britischen NRO Global Witness initiiert und im Juni 2002 von George Soros, Vorsitzender des Open Society Institutes, gegründet. Inzwischen umfasst das Netzwerk weltweit über 300 NROs. Die Kampagne propagiert, dass alle Erdöl-, Gas- und Bergbauunternehmen dazu auf, ihre Zahlungen an Regierungen verbindlich offenlegen. Über den EITI-Ansatz hinausgehend werden auch alle Informationen über Steuern, Erträge, Gebühren und andere Zahlungsbewegungen einbezogen. So sollen Regierungen von rohstoffproduzierenden Ländern dazu bewegt werden, ihre Einnahmen aus Schürfrechten und Exporten zu veröffentlichen und eine öffentliche Debatte über die Verwendung der Einnahmen zu ermöglichen.

Afrikanisches Forum zur Bekämpfung von Korruption (AFFC)

Besonders Südafrika, die Afrikanische Union (AU) und die UN-Wirtschaftskommission für Afrika (UN ECA) setzen sich seit einigen Jahren für Gute Regierungsführung ein. Korruption wird von diesen Akteuren als eines der größten Entwicklungshemmnisse Afrikas angesehen. Im März 2007 kamen etwa 300 Personen in Johannesburg zum Afrikanischen Forum zur Bekämpfung von Korruption (AFFC) zusammen. Ziel des AFFC ist es, die Bedürfnisse der afrikanischen Regierungen und der Zivilgesellschaft bei der Korruptionsbekämpfung zu formulieren. An der Durchführung des AFFC beteiligte sich Deutschland mit 250.000 Euro.

PRESSEMAPPE

Afrika im Fokus – Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit während des G8-Vorsitzes 2007

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 6./7. Mai 2007 in Potsdam

Den Rohstoffboom in Afrika zum Vorteil für die Entwicklung nutzen!

Beitrag von Adolf Kloke-Lesch, Leiter der Unterabteilung „Frieden und Demokratie; Menschenrechte; Vereinte Nationen“, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Viele Entwicklungsländer sind reich an natürlichen Ressourcen und arm an Entwicklungschancen. **Nicht selten ist Segen Fluch:** Reichtum geht an den Menschen vor Ort vorbei oder schadet ihnen sogar – wirtschaftlich und ökologisch. Besonders augenfällig ist dies bei Erdöl und Erdgas. Steigende Weltmarktpreise haben dann paradoxerweise für eine Reihe von Erzeugerländern negative Auswirkungen: Zwar werden die Kassen voller, aber Korruption, Staatsversagen und Konflikte nehmen zu, große Bevölkerungsteile verelenden weiter.

Eklatant ist die Situation in der am schnellsten wachsenden Ölförderregion – Sub-Sahara-Afrika: 2005 haben dort die acht wichtigsten Ölstaaten 35 Milliarden USD aus dem Verkauf von Öl eingenommen. Ausgerechnet diese Region ist aber am weitesten vom Sieg über die Armut entfernt!

Den Teufelskreis durchbrechen – Regierungen, Unternehmen und Zivilgesellschaft müssen zusammenwirken!

Um den Teufelskreis von Rohstoffextraktion, Staatsversagen und Armut zu durchbrechen, müssen sich die Verhaltensweisen der beteiligten Unternehmen und Finanzierungsinstitute, der Regierungen der rohstoffproduzierenden, aber auch der rohstoffimportierenden Länder ändern. Erfreulicherweise besteht international weitgehender politischer Konsens darin, dass Rohstoffe nicht unter Missachtung der **Rechte und Interessen der Bevölkerung** ausgebeutet werden dürfen.

Nur durch **transparentes und entwicklungsorientiertes Verhalten der Beteiligten** können die spezifischen Risiken des in der Regel hochkonzentrierten Rohstoffsektors eingedämmt und seine Potenziale für menschliche Entwicklung genutzt werden.

- **Unternehmen** müssen internationale Sozial- und Umweltstandards und menschenrechtliche Verpflichtungen achten und sich gerade in Räumen schwacher Staatlichkeit verantwortlich verhalten. **Finanzierungsinstitute** – private wie öffentliche – sollten nur solche Investitionen ermöglichen, die eben diesen Kriterien genügen.
- Regierungen **rohstoffproduzierender Entwicklungsländer** müssen ihre Politiken entwicklungsorientiert und nachhaltig gestalten, öffentliche Finanzen und staatliche Aufgaben effizient und transparent managen sowie demokratische Kontrolle durch Parlamente und Zivilgesellschaft stärken.
- Regierungen **rohstoffimportierender Industrie- und Schwellenländer** müssen sich aktiv in der Weiterentwicklung wirksamer internationaler Standards und Regelwerke gerade im Rohstoffsektor engagieren und ihre außenwirtschaftlichen Instrumente und das Verhalten ihrer staatseigenen Unternehmen und Finanzinstitute entsprechend ausrichten.

Als ein zentrales Instrument der Verbesserung von (Global) Governance im Rohstoffsektor haben sich in den letzten Jahren **Transparenzinitiativen** entwickelt, in denen Staaten, Unternehmen sowie nationale und internationale Zivilgesellschaft zusammenwirken (sogenannte multi-stakeholder initiatives).

Was tut die deutsche Entwicklungspolitik?

Die deutsche Entwicklungspolitik unterstützt Transparenzinitiativen in verschiedenen Sektoren:

- Kimberley-Prozess zur Zertifizierung von **Diamanten** sowie darüber hinaus allgemein die Zertifizierung von Handelsketten bei mineralischen Rohstoffen.
- Forest Law Enforcement and Governance (FLEG) Prozess im Bereich **Forstwirtschaft**.
- Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) für den **Öl- und Gassektor**, sowie neuerdings den **Bergbau**.

PRESEMAPPPE

Afrika im Fokus – Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit während des G8-Vorsitzes 2007

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 6./7. Mai 2007 in Potsdam

Was ist und wie funktioniert EITI ?

EITI macht Zahlungsströme transparent, die von den rohstofffördernden Unternehmen als Abgaben an den Staat gehen (Steuern, Royalties etc). Dabei verpflichten sich die Regierungen zur Offenlegung ihrer Einnahmen – die Unternehmen dazu, ihre Zahlungen darzulegen. Eine unabhängige Instanz überprüft anschließend, ob Zahlungen mit Einnahmen übereinstimmen oder nicht.

Einige Länder beschränken sich darauf, eine solche Bestandsaufnahme der Einnahmen anzufertigen und diese zu aktualisieren. Andere gehen einen Schritt weiter und beziehen auch die Frage ein, wie die Einnahmen der Staatshaushalte entwicklungswirksam eingesetzt werden können. In der kurzen Zeit ihres Bestehens seit 2003 ist EITI zu einer Erfolgsgeschichte geworden, an der über 20 Länder sowie viele der großen Unternehmen (z.B. AngloAmerican, BP, ChevronTexaco, ExxonMobil, Shell, DeBeers, Rio Tinto u.a.) teilnehmen. Zentrales Element dabei ist auch eine aktive und unabhängige Rolle der Zivilgesellschaft in den jeweiligen Ländern.

Eine unabhängige Validierung prüft, ob die Länder tatsächlich ihren EITI-Verpflichtungen nachkommen oder sich nur mit dem Transparenz-Siegel schmücken.

Weitere Informationen:

http://www.bmz.de/de/EU_G8/Teaserseite_Aktuelles/Blickpunkte/blickpunkt_eiti/index.html

Neben unserer politischen Unterstützung und unserer Mitarbeit im EITI-Verwaltungsrat engagieren wir uns für EITI auch finanziell und vor Ort in den Entwicklungsländern. Auf der Bonner EITI-Konferenz 2006 haben wir zugesagt, unseren Beitrag für den EITI Multi-Donor Trust Fund (MDTF) zu verstetigen. So unterstützen wir Länder, die einen nationalen Transparenzprozess in Gang setzen möchten. Dies schließt in Einzelfällen auch politische Interventionen zugunsten von Aktivisten der Zivilgesellschaft ein, wie jüngst im Falle von Congo/Brazzaville.

Was will die deutsche G8-Präsidentschaft?

Die **bessere Nutzung des Rohstoffreichtums im Sinne der Armutsbekämpfung** gehört zu den Kernthemen, die wir auf die politische Tagesordnung gesetzt haben. Dabei geht es um die Standards wirtschaftlichen Engagements im Rohstoffsektor und die entsprechenden Zahlungsströme.

Wir wollen den Transparenzgedanken verbindlich machen, damit ein faires ‚level playing field‘ für alle hier Aktiven entsteht. Wir können gemeinsam klar machen, dass die Missachtung der Transparenz negativ ist für Image und Gewinn. Mit folgenden konkreten Maßnahmen können wir gemeinsam vorankommen:

- Schaffung eines „**Extractive Industries Transparency Index**“, um die Umsetzung der EITI-Prinzipien vergleichen zu können – analog dem Index von Transparency International für die Abbildung der Korruption in Industrie-, Entwicklungs- und Schwellenländern.
- Intensivierung des **Dialogs mit den Schwellenländern** (Brasilien, Indien, China), um z.B. eine öffentliche Erklärung zur Unterstützung der Transparenz-Standards zu erreichen und Bedingungen zur weiteren Durchsetzung solcher Standards zu definieren.
- Entwicklung und Ausbau von **Rohstoffzertifizierungssystemen**, um zur Erhöhung der Transparenz bei Gewinnung und Verarbeitung von Rohstoffen beizutragen, wie dies beispielsweise im Forstbereich mit der FLEG bereits gezeigt wurde.

Transparentes und verantwortliches Wirtschaften im Rohstoffsektor selber ist alleine aber noch keine Garantie für die entwicklungsorientierte Nutzung der entsprechenden Staatseinnahmen. Hierfür ist die Einbettung von Transparenz- und Zertifizierungsinitiativen in die allgemeine Stärkung guter Regierungsführung und die Förderung von Frieden und Sicherheit unverzichtbar. Hierzu wollen wir im Rahmen der G8 unter anderem in folgenden Bereichen beitragen:

- Stärkung von „**Good Financial Governance**“: Entwicklung eines gemeinsamen Handlungsrahmens mit unseren afrikanischen Partnern zur Förderung effektiver und effizienter öffentlicher Finanzen und ihrer Ausrichtung an den politischen Prioritäten der Menschen.

PRESEMAPPPE

Afrika im Fokus – Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit während des G8-Vorsitzes 2007

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 6./7. Mai 2007 in Potsdam

- Weitere Begleitung und Ausdehnung des „**African Peer Review Mechanism**“: In einem historisch einmaligen Vorgang haben sich afrikanische Regierungen im Rahmen von NEPAD zur gegenseitigen Überprüfung ihrer Fortschritte im Bereich guter Regierungsführung bekannt.
- Unterstützung afrikanischer **Regionalorganisationen** auf dem Gebiet von Frieden und Sicherheit, z.B. bei **Friedensentwicklung** und Wiederaufbau nach bewaffneten Konflikten oder bei der **Kontrolle von Kleinwaffen**.

Deutschland unterstützt Ghana bei der Umsetzung von Good Financial Governance und der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)

Steigende Einnahmen aus natürlichen Ressourcen wecken Begehrlichkeiten und eröffnen Entwicklungschancen. Der angemessene, an den Bedürfnissen der Bevölkerung eines Landes orientierte Umgang mit zusätzlichen Mitteln ist Gegenstand eines Themenfeldes, dem in jüngerer Zeit zunehmend Bedeutung beigemessen wird: Good Financial Governance (GFG). Mit GFG werden Leitvorstellungen von Good Governance auf das System öffentlicher Finanzen übertragen. In Abstimmung mit anderen Gebern unterstützen wir unsere Partnerländer darin, die Prinzipien Legitimität, Rechenschaftspflicht und Verantwortlichkeit, Rechtsstaatlichkeit, Leistungsfähigkeit sowie entwicklungsorientiertes staatliches Handeln im öffentlichen Finanzwesen. Dies betrifft die Politikformulierung (Steuergesetzgebung, Verabschiedung des Haushalts), die Verwaltung (Einnahmenbeschaffung und Umsetzung des Haushalts) und die Kontrolle von Staatseinnahmen und -ausgaben.

Ghana hat eine lange Tradition extraktiver Aktivitäten, vor allem im Abbau von Gold. Laut der Ghana Chamber of Mines erbrachte der Bergbausektor im Jahr 2004 9% der gesamten Steuereinnahmen (ca. 50 Milliarden US-Dollar). Zu diesem bedeutenden Beitrag zum nationalen Budget kommen Steuern, die direkt an die Distrikte gezahlt werden sowie Sozialprojekte.

Ghana trat 2003 als eines von drei Pilotländern der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) bei. Der EITI-Prozess in Ghana ist bislang ein freiwilliger Prozess, an dem allerdings alle relevanten Firmen teilnehmen, wenn auch mit unterschiedlichem Engagement. Auf dem nationalen EITI-Workshop am 15. Januar 2007 (ausgerichtet mit Unterstützung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit) mit internationaler und vor allem auch regionaler Beteiligung (Liberia, Nigeria, Sierra Leone) hat der ghanaische Vize-Finanzminister erklärt, dass er die Verbindlichkeit des EITI-Prozesses nun durch Gesetzesakte vorantreiben werde.

Die Arbeit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu EITI findet im Rahmen eines Programms zur Stärkung der ghanaischen Steuererhebung und des Haushaltswesens statt (Good Financial Governance) und setzt sich aus folgenden Elementen zusammen: (1) Zugang zu Information – z.B. Erstellung der EITI Website, (2) Aufbau von Kapazitäten in der Finanzverwaltung, (3) Anpassung des Rechtsrahmens, (4) Stärkung der Zivilgesellschaft.

Wie geht es weiter?

Bei der Entwicklung internationaler Regelwerke, Standards und Initiativen zur Stärkung eines entwicklungsorientierten Umgangs mit natürlichen Ressourcen befinden wir uns noch am Anfang. Der konzeptionelle und strategische Rahmen steht. Wichtige Akteure aus dem Norden und dem Süden, aus Regierungen, Zivilgesellschaft und Wirtschaft sind an Bord. Jetzt gilt es, einerseits die **flächendeckende Umsetzung** und andererseits Risiken und **Herausforderungen** anzugehen.

Bei der Umsetzung von EITI wird es darauf ankommen, dass die **Validierung** der umsetzenden Ländern gelingt und so die Glaubwürdigkeit der Initiative weiter gestärkt wird. Ein immer wichtigeres Element wird die Einbeziehung der **subnationalen Ebene** werden. Berichte z.B. aus Nigeria zeigen, dass sich die Situationen in den einzelnen Bundesstaaten durchaus sehr unterschiedlich darstellen kann.

Die größte Herausforderung für EITI in den umsetzenden Ländern ist die Gewährung eines offenen Raumes, in dem **Zivilgesellschaften und Parlamente** frei wirken können. EITI als gemeinsame Initiative kann nur dann Erfolg haben, wenn auch die betroffenen Länder demokratische und rechtsstaatliche Verfahren ermöglichen.

Auf globaler Ebene gilt es sicherzustellen, dass der wachsende Hunger insbesondere nach Energieressourcen gemeinsam entwickelte Standards nicht wieder in den Hintergrund treten lässt und dass neue Akteure wie die **Schwelmländer** in einen globalen Konsens einbezogen werden. Hierzu soll noch in 2007 unter deutscher G8-Präsidentschaft eine globale **Konferenz zur Transparenz im Rohstoffsektor** beitragen.

Geld oder Partnerschaft – was fehlt Afrikas Entwicklung?

Zwei Ansätze der Entwicklungszusammenarbeit

Zur Zeit werden zwei Ansätze zielführender Entwicklungszusammenarbeit diskutiert: Die eine Richtung geht bei ihren Vorschlägen zur Armutsbekämpfung von den Defiziten Afrikas aus, während die andere an die Potenziale des Kontinents anknüpft. Beide Ansätze finden sich sowohl international bei den in der Entwicklungszusammenarbeit engagierten Institutionen als auch in Afrika selbst.

Der „Big Push“: Mit Finanztransfers aus der „Armutsfalle“

Die Anhänger eines „Big Push“ wollen die afrikanischen Länder mit einer starken Steigerung der Öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) aus einer „Armutsfalle“ befreien. Nach diesem Ansatz haben die afrikanischen Staaten so viele ökonomische und soziale Probleme, dass sie diese nicht eigenständig lösen können. Auch eine graduelle Erhöhung der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit reiche zur Armutsbekämpfung nicht mehr aus. Nur eine massive finanzielle Anstrengung der Geberländer könne helfen, indem sie rasch gleichzeitig mehrere Kernprobleme löse. Prominente Anhänger dieser Denkrichtung sind Professor Jeffrey Sachs, der ehemalige Leiter des UN-Millenniumsprojekts (UNMP), und die vom englischen Premierminister Tony Blair im Vorfeld des G8-Gipfels in Gleneagles eingesetzte Kommission für Afrika (CfA). Die CfA wurde von Blair damit beauftragt, Maßnahmen zu entwickeln, um schnelle Fortschritte bei der Entwicklung Afrikas zu erreichen.

Die Reformpartnerschaft der G8 mit Afrika: Vertrauen in Afrikas Zukunft

Im Gegensatz zu den „Big Push“-Befürwortern setzen die Anhänger des „Governance“-orientierten Ansatzes, auf die Dynamik in Afrika und die dortigen Reformkräfte, die einen Kontinent zeigen, der selbst die Verantwortung für seine Zukunftsgestaltung übernehmen will und kann. Die afrikanische Reformstrategie Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD) und der G8-Afrika-Aktionsplan zählen zu dieser Richtung. Diese Sichtweise geht davon aus, dass den ärmsten Ländern bisher vor allem bessere politisch-rechtliche Rahmenbedingungen und ein verlässliches Investitionsklima für eine nachhaltige Entwicklung fehlten. Unter anderem spricht für diese Position, dass auch in ressourcenreichen afrikanischen Ländern die Bevölkerung verbreitet unter Armut leidet, weil die Rohstoffeinnahmen nicht für die Entwicklung des Landes eingesetzt werden.

Besonders die Afrikanische Union (AU) und der NEPAD-Prozess sind Gründe für das Vertrauen in Afrikas Reformkräfte. NEPAD wird als Handlungsorientierung unterstützt, weil diese Reformstrategie zentrale Voraussetzungen für nachhaltige Entwicklung abdeckt: Menschenrechte und Demokratie, Frieden und Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit, Bildung, Infrastruktur und Naturressourcen sowie die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Privatinvestitionen.

Der neue Afrika-Aktionsplan der Weltbank, „Afrika am Wendepunkt“, ist jüngster Ausdruck dieser Sichtweise. Er beabsichtigt unter anderem, Länder mit guter Regierungsführung stärker zu fördern. Auch die Bundesregierung sieht in Good Governance, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, der Achtung der Menschenrechte, der Gleichberechtigung der Geschlechter und nicht zuletzt Frieden die Basis und Voraussetzung für eine erfolgreiche Armutsbekämpfung in Afrika.

PRESSEMAPPE

Afrika im Fokus – Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit während des G8-Vorsitzes 2007

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 6./7. Mai 2007 in Potsdam

Für eine nachhaltige Reformpartnerschaft mit Afrika

Beitrag von Dr. Michael Hofmann, Leiter der Abteilung „Globale und sektorale Aufgaben; Europäische und multilaterale Entwicklungspolitik; Afrika“, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Was ist der Königsweg zur Entwicklung afrikanischer Länder, deren sozialer, ökonomischer und technologischer Stand weit hinter dem asiatischer Staaten rangiert?

Diese Frage steht häufig im Zentrum der Debatte über Afrikas Entwicklung und die „Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA). Häufig werden darauf relativ simple Antworten gegeben, oft in der Zuspitzung „Mehr Geld schafft Entwicklung“ oder „Entwicklungszusammenarbeit hat versagt, kein Geld mehr in ein Fass ohne Boden“.

Allerdings niemand weiß, was der Königsweg ist, weil es nicht einen Weg der Problemlösung für die in vieler Hinsicht unterschiedlichen Länder Afrikas gibt. Unsere Erfahrung der letzten Jahrzehnte zeigt, es gibt keine einfachen Lösungen. Eines wissen wir jedoch, Entwicklung in einem umfassenden und nachhaltigen Sinne ist nur dort möglich, wo Regierungen und Gesellschaften den Willen zu Reformen haben, wo sie Anreize schaffen, um Defizite zu beseitigen und eigene Entwicklungswege zu gehen. Und nur dort, wo Eigenanstrengungen vorhanden sind, kann Entwicklungszusammenarbeit einen erfolgversprechenden Beitrag leisten.

Zahlreiche afrikanische Staaten haben sich in den letzten Jahren genau in diesem Sinne auf den Weg gemacht. Sie sehen ihre Defizite, sie wollen Wirtschaftswachstum und nachhaltige Entwicklung und sie wissen, dass sie dafür selbst die Voraussetzungen schaffen müssen. Entwicklung mit positiven Vorzeichen findet statt, mit hohen Wachstumsraten und einer Verbesserung sozialer Indikatoren. Einkommen steigen, aber von Wohlstand sind die meisten afrikanischen Länder noch weit entfernt. Gestiegene Rohstoffpreise dank hoher Nachfrage auf den Weltmärkten beleben den Außenhandel, aber das Niveau der Investitionen in Landwirtschaft und Industrie ist weiterhin zu niedrig. Wichtig bleibt daher ein erfolgreicher Abschluss der Doha-Runde und der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit der Europäischen Union, um die globalen Rahmenbedingungen zu verbessern.

Ebenso wichtig sind jedoch die internen Rahmenbedingungen, die immer wieder neu gestaltet werden müssen. Alle Erfahrung in Afrika lehrt, dass der komplexe Prozess gesellschaftlicher Organisation und Entwicklungsorientierung nicht zentralistisch gesteuert werden kann. Vielmehr müssen dezentrale Strukturen geschaffen werden, die eine breite Teilhabe ermöglichen. Deshalb sind Rechtstaatlichkeit, soziale Marktwirtschaft, demokratische Mitbestimmung und Subsidiarität die wichtigsten Prinzipien einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit.

Vor allem für die Post-Konfliktländer in Afrika ist die größte Herausforderung, wieder gesellschaftliche Ordnungsprinzipien und Institutionen zu schaffen und damit elementare Voraussetzungen für wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Neue Beschäftigungsmöglichkeiten, mehr Bildung und bessere Gesundheit sind die Hauptaufgaben in Gesellschaften mit wachsender und zunehmend junger Bevölkerung. Anders als Europa im 19. Jahrhundert steht Afrika in der Welt der Globalisierung im Wettbewerb mit bereits hoch entwickelten Ländern oder „emerging economies“, eine Konkurrenz um Investitionskapital und um die klügsten Köpfe.

Afrikanische Regierungen und Gesellschaften haben dies erkannt. Sie haben deshalb in den letzten Jahren in einem teilweise atemberaubenden Tempo Reformen durchgeführt, national, regional und kontinental. Und erste Erfolge geben Ihnen Recht. Regierungen sind in Sub-Sahara-Afrika mittlerweile überwiegend demokratisch gewählt, die gesellschaftliche Partizipation wächst, die Selbstorganisation der Gesellschaften macht Fortschritte. Einige afrikanische Staaten gehören nach Weltbank-Indikatoren zu den reformfreudigsten in der Wirtschaftspolitik. Afrika verzeichnet gegenwärtig - und nicht nur aufgrund gestiegener Rohstoffpreise - die längste Wachstumsperiode seit den 60er Jahren mit 5 Prozent Wachstum im kontinentalen Durchschnitt.

Somit werden Voraussetzungen geschaffen, dass mehr Mittel der internationalen Gebergemeinschaft auch größere Entwicklungserfolge erzielen können. Vor diesem zunehmend aufgehellten Hintergrund haben wir uns beim G8-Gipfel 2005 zur Verdoppelung der ODA gegenüber Afrika verpflichtet. Mit der Entschuldung seit 1999 wurden darüber hinaus die strukturellen Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung dieser Staaten enorm verbessert. Es gibt nach meiner Auffassung gegenwärtig also positive Schritte zu einer neuen Entwicklungspartnerschaft, die Erfolge auf beiden Seiten vorweisen kann.

PRESEMAPPE

Afrika im Fokus – Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit während des G8-Vorsitzes 2007

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 6./7. Mai 2007 in Potsdam

Dabei muss uns bewusst sein, dass auch die Frage, wie wir unsere Partnerschaft zukünftig organisieren, wichtig ist für die Wirkung der Entwicklungszusammenarbeit. Wir müssen unsere Angebote an Ressourcen und Beratung aus der Perspektive der Partner sehen und gestalten. Wenn z.B. in einem Land zu viele Geber Bildung fördern wollen, ist die dortige Verwaltung überfordert, zumal wenn jeder dieser Geber auf eigenen Rechenschaftsstandards beharrt. Wir sind stolz auf unser international anerkanntes Know-How und unsere kompetenten Durchführungsorganisationen. Unsere Kompetenz müssen wir aber übersetzen in Anreize für die Partner, so dass diese selbst nachhaltig Kompetenzen bilden können. Deshalb müssen wir die Modalitäten und Instrumente unserer Hilfe verändern, insbesondere durch mehr Arbeitsteilung mit anderen Gebern.

Eine effektive Entwicklungspartnerschaft zu etablieren, ist eine Herausforderung; allein dies wird jedoch nicht ausreichen, um Armut als endemisches Problem in Afrika zu bekämpfen. Wir wissen, dass Afrika ein Wachstum von 7 Prozent und mehr dazu braucht. Deshalb steht die Förderung nachhaltigen Wachstums und nachhaltiger Investitionen ganz oben auf der G8-Afrika-Agenda von Heiligendamm. Wir brauchen eine Reformpartnerschaft, die die Privatwirtschaft einschließt, die afrikanische wie die internationale. Afrika entwickelt sein Potenzial von Wirtschafts- und Investitionsstandorten - dabei unterstützen wir den Kontinent auch im Rahmen der G8. Wir werben für mehr Engagement der afrikanischen und internationalen Wirtschaft.

Partner-Projekt zur Energieeffizienz/Erneuerbare Energien

Effiziente Nutzung von Biomasse-Energie im südlichen Afrika

Referent: Dr. Christoph Messinger, Manager der Projektkomponente ProBEC Nord, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit mbH (GTZ)

Die Ausgangslage

Die Menschen in der Region Entwicklungsgemeinschaft Südliches Afrika (Southern African Development Community, SADC) gewinnen Energie zum Großteil aus Biomasse (Feuerholz, Holzkohle, Kuhdung etc.). Sie wird hauptsächlich fürs Kochen und Heizen in Haushalten sowie in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) genutzt. Trotz der Bemühungen der Regierungen, den Energiesektor zu modernisieren, stammt in der Region weiterhin mehr als 80 Prozent des gesamten Energieverbrauchs aus dieser primären Energiequelle. Um die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, ist es unverzichtbar, Biomasse-Energie nachhaltig und sozial verträglich zu nutzen, denn alternative Energieträger sind kaum zugänglich und nicht bezahlbar.

Die ineffiziente Verwendung der zunehmend knappen Biomasse-Energie ist mit vielen Belastungen für Wirtschaft, Umwelt, Sozialwesen und Gesundheit verbunden. Viele Menschen müssen immer mehr Zeit und Geld in die Deckung ihres Energiebedarfs investieren. Vielfach werden bis zu 30 Prozent des Einkommens der armen Bevölkerung für den Energieverbrauch ausgegeben (hauptsächlich für das Kochen). Andere Folgen der ineffizienten Nutzung von Biomasse sind Entwaldung, Übernutzung der Böden, Desertifikation und erhöhte Bodenerosion sowie Luftverschmutzung. Hinzu kommen viele gesundheitliche Risiken wie Verbrennungen an offenen Feuerstellen, lebenslange körperliche Gebrechen durch das Tragen von schweren Holzbündeln sowie Atemwegserkrankungen durch den Rauch beim Kochen, woran jährlich 1,6 Millionen Menschen in den Entwicklungsländern sterben. Dabei ist Biomasse sauber, bezahlbar, umweltfreundlich und erneuerbar, wenn sie effizient und effektiv eingesetzt wird.

Das Projekt

Das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) geförderte „Programm zur Effizienten Nutzung von Biomasse-Energie“ (ProBEC, Programme für Biomass Energy Conservation) ist ein überregionales Projekt. Ziel ist der breitenwirksame kommerzielle Einsatz von Technologien zur effizienten Nutzung von Biomasse-Energie (hauptsächlich verbesserte Herde) in der SADC-Region. Des Weiteren werden politische Rahmenbedingungen geschaffen, die die effiziente Nutzung von Energie fördern. Die Maßnahmen sollen die hohen Fixkosten für Biomasse-Energie senken und so die Lebensbedingungen der ärmeren Bevölkerung verbessern.

Angestrebte Ergebnisse sind die Verwendung energiesparender Techniken in den Haushalten, KMU und Institutionen der SADC-Region sowie die erfolgreiche Kommerzialisierung energiesparender Biomasse-Produkte für die arme Bevölkerung. Darüber hinaus werden eine einheitliche und abgestimmte Politik zur effizienten Nutzung von Biomasse sowie ein gestärktes und effizientes Management-Umfeld angestrebt. Wichtigste Förderkomponenten von ProBEC sind die Beratung zur Ausweitung der Ausbilderbasis (Trainer von Herdproduzenten und Verbraucherberatern) sowie die Beratung der Partner bei der Entwicklung politischer Strategien für die Verbreitung energiesparender Technologien.

Die Wirkungen

ProBEC arbeitet in den Mitgliedsstaaten mit unterschiedlichen Partnern zusammen, zum Beispiel der United Nations Development Program/Global Environment Facility (UNDP/GEF) in Namibia oder dem Interessenverbund Association For Renewable Energy Cooking Appliances (AFRECA) in Südafrika. In vielen Ländern der Region konnten bereits Erfolge erzielt werden. So hat ProBEC in Mosambik einen verbesserten Holzkohle-Ofen für städtische Gebiete entwickelt, dessen groß angelegte Einführung für die erste Hälfte 2007 geplant ist. In Malawi konnten ländliche Produzentengruppen bisher mehr als 20.000 Tonherde verkaufen. Für die kommerzielle Verbreitung von „Rocket Stoves“ für Grossküchen in Schulen wurde ProBEC in 2006 mit dem Ashden Award for sustainable energy – dem „Energie-Oskar“ – ausgezeichnet.

Partner-Projekt zur Energieeffizienz/Erneuerbare Energien

Biodiesel auf Basis von Baumwollsaat in Burkina Faso

Referent: Winfried Nau, Leiter der Afrika-Abteilung der DEG - Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH

Die Ausgangslage

Burkina Faso ist das drittärmste Land der Welt. Fast die Hälfte der Bevölkerung lebt unterhalb der absoluten Armutsgrenze von einem US-Dollar pro Tag. Die Volkswirtschaft des Landes wird von der Landwirtschaft dominiert. Baumwolle macht 65 Prozent aller Exporte aus und schafft Einkommen für zwei Millionen Menschen. Mit einer Rohbaumwollproduktion von jährlich rund 550.000 Tonnen ist Burkina Faso der größte Baumwollproduzent im südlichen Afrika. Aus der Rohbaumwolle ergeben sich circa 250.000 Tonnen exportfähiger Baumwolle und 300.000 Tonnen Baumwollsaat. Über die Hälfte der Saat wird zu Baumwollsaatöl verarbeitet, das in Burkina Faso verkauft wird und ein Grundnahrungsmittel darstellt. Die verbleibenden 125.000 Tonnen Baumwollsaat gehen in den Export oder an Viehzüchter; ein Drittel wird weggeworfen. Baumwollsaat kann aber zusätzlich anders genutzt werden: für die Produktion von Biodiesel. Zurzeit importiert Burkina Faso circa 370.000 Tonnen Mineralölprodukte, davon 170.000 Tonnen Dieselmotorkraftstoff. Biodiesel aus Baumwollsaat wäre eine Möglichkeit, die Dieselmotorkraftstoffimporte zu reduzieren und das eingesparte Geld zum Wohle der Bevölkerung einzusetzen.

Das Projekt

Aus 125.000 Tonnen Baumwollsaat können circa 20.000 Tonnen Biodiesel gewonnen werden, der „normalem“ Diesel zu 30 Prozent beigemischt werden kann. Die DEG finanziert zusammen mit einer französischen Baumwollentwicklungsgesellschaft aus Treuhandmitteln für Begleitmaßnahmen (so genannte Technical Assistance) eine Machbarkeits-Studie, deren Untersuchungsgegenstand die Wettbewerbsfähigkeit des Biodiesels auf Basis von Baumwollsaat ist. Das Herstellungsverfahren ist technisch ausgereift und für andere pflanzliche Öle weltweit mehrfach im Einsatz. Die Investitionskosten würden 50 Millionen Euro betragen; 80 Prozent davon für Ölpresse und -raffinierung und 20 Prozent für eine weitere Aufbereitungsanlage. Die Studie geht von Produktionsvollkosten von 385 FCFA (Franc de la Communauté Financière Africaine) pro Liter Biodiesel aus. Diese Summe entspricht etwa 60 Eurocents. Zu Spitzenzeiten der Ölpreisentwicklung 2006 betrugen die Importkosten von Diesel, die vom Staat festgelegt werden, vor Steuern 371 FCFA pro Liter. Damals war Biodiesel also bereits nahezu konkurrenzfähig. Mittel- bis langfristig ist zudem von steigenden Ölpreisen auszugehen.

Das wirtschaftliche Interesse am Biodiesel ist groß. Der Regierung und dem Parlament Burkina Fasos liegen Anträge zur Förderung der einheimischen Herstellung von Biodiesel vor, beispielsweise durch Steuerbefreiung und/oder Beimischungszwang.

Die Wirkungen

Durch einheimische Biodiesel-Herstellung könnten rund 15 Prozent der Dieselmotorkraftstoffimporte eingespart und die frei werdenden Gelder für andere Zwecke eingesetzt werden. Aus sozialer Perspektive ist positiv hervorzuheben, dass die Baumwolle ausschließlich kleinbäuerlich und in umweltschonenden Rotationskulturen angebaut wird. Da für die Biodiesel-Herstellung nur Baumwollsaat genutzt wird, die nicht in die Speiseölproduktion geht, sind keine negativen Auswirkungen auf die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung zu erwarten.

Die Ausgangslage in Burkina Faso ist idealtypisch und lässt sich in vergleichbarer Form auf alle großen Baumwollproduzenten im Sahel (Mali, Benin, Kamerun, Tschad, Côte d'Ivoire), aber auch im südlichen Afrika (Sambia), übertragen.

PRESSEMAPPE

Afrika im Fokus – Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit während des G8-Vorsitzes 2007

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 6./7. Mai 2007 in Potsdam

Partner-Projekt zu Good Governance

Reformierung der öffentlichen Finanzverwaltung zur Unterstützung von NEPAD

Referent: Dr. Günther Taube, Leiter des Bereichs „Internationale Regelwerke/Gute Regierungsführung/Wirtschaftspolitik“, bei InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH

Die Ausgangslage

Mit der New Partnership for Africa's Development (NEPAD) haben die afrikanischen Staaten 2001 einen Reformprozess in Gang gesetzt, der guter Regierungsführung höchste Priorität einräumt. Diesen Prozess zu fördern und seine Institutionen – wie etwa den African Peer Review Mechanism (APRM) – zu unterstützen, ist Teil der Reformpartnerschaft der G8-Staaten mit Afrika.

Gute Regierungsführung braucht neben funktionierenden demokratischen Einrichtungen auch ein materielles Fundament. Verlässliche Staatseinnahmen und transparente Staatsausgaben sind somit Schlüsselemente guter Regierungsführung.

Das Projekt

Mit der Budgetfinanzierung nutzen die Geberländer eine Alternative zur Finanzierung einzelner Projekte. Statt dieser Projektfinanzierung geht das Geld direkt in bestimmte Ressortbudgets oder in den allgemeinen Haushalt von Empfängerstaaten. Dies verlangt auf der Empfängerseite Eigenverantwortung und hohe Kompetenz der Verantwortlichen. InWEnt flankiert diesen Trend zur Budgetfinanzierung mit Fortbildungen zum öffentlichen Haushaltsmanagement, die alle Aspekte eines Budgetzyklus (von der Planung bis zur Kontrolle) berücksichtigen.

Workshops wurden 2004 in Äthiopien und Südafrika mit potenziellen Partnern durchgeführt, um den Bedarf zu sondieren und gemeinsam Programminhalte zu erarbeiten. Seit 2005 führt InWEnt das Programm „Reforming Public Financial Management“ durch. Mit Seminaren und Dialogveranstaltungen richtet es sich an Fach- und Führungskräfte aus Finanzministerien und Rechnungshöfen, aber auch an Parlamentarier, die eine Kontrollfunktion wahrnehmen und die erforderliche Transparenz öffentlicher Ausgaben einfordern können.

Capacity Building, wie InWEnt es versteht, erschöpft sich nicht in theoretischer oder rein fachlicher Fortbildung von Einzelnen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer profitieren von Fallstudien, der Analyse internationaler "guter Beispiele" und dem Erfahrungsaustausch unter den afrikanischen Kolleginnen und Kollegen sowie mit Praktikern aus dem deutschen Bundesrechnungshof und dem Bundesfinanzministerium. Als Multiplikatoren tragen sie ihre Erkenntnisse aber auch zurück in ihre Ministerien und Verwaltungen. Nur ihre „gute Praxis“ gewährleistet schließlich ein verantwortungsbewusstes Management öffentlicher Finanzen.

Netzwerkbildung und institutionelle Verankerung sind neben der fachlichen Fortbildung wichtige Elemente des Programms. Seine Zielländer waren bisher Äthiopien, Botswana, Ghana, Nigeria und Südafrika.

Die Wirkungen

Die Teilnehmenden wurden für die Unterschiede und Gemeinsamkeiten afrikanischer Reformprozesse sensibilisiert. Die Seminare haben den Austausch über Reformprozesse gefördert und das Interesse verstärkt, sich auf Erfahrungen von Nachbarn zu beziehen. Die Zusammenarbeit zwischen InWEnt und AFROSAI-E (African Organisation of Supreme Audit Institutions – English), einem Zusammenschluss afrikanischer Rechnungshöfe, wurde intensiviert. Seit 2007 wird das Programm fortgeführt durch eine Kooperation mit der regionalen Initiative CABRI (Collaborative Africa Budget Reform Initiative). Angeregt von Südafrika, Mosambik und Uganda, gehören dem CABRI-Netzwerk inzwischen 27 Mitgliedsländer an; unterstützt von der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit mbH (GTZ).

Partner-Projekt zu Good Governance

Zusammenarbeit mit panafrikanischen Institutionen (NEPAD, APRM, PAP) in Südafrika

Referentin: Ute Klamert, Regionalleiterin Südliches Afrika II,
Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit mbH (GTZ)

Die Ausgangslage

Mit der Gründung der Afrikanischen Union (AU) im Jahr 2002 hat die Idee einer eigenständigen Entwicklung des Kontinents eine institutionelle Grundlage erhalten. Die AU strebt an, die Einigkeit und Solidarität unter den afrikanischen Staaten zu fördern, ihre Kooperation zu verstärken und internationale Beziehungen zu intensivieren. Diese „Reformarchitektur“ afrikanischer Institutionen soll es den Staaten ermöglichen, nach dem Prinzip der „African Ownership“ Entwicklungsrückstände mit eigenen Lösungen und aus eigener Kraft zu überwinden und bessere Lebensverhältnisse für die Menschen in Afrika zu schaffen.

Gemeinsam mit den bestehenden Regionalorganisationen haben die zum Teil noch sehr jungen unter dem Dach der AU gegründeten panafrikanischen Institutionen eine besondere Verantwortung bei der Gestaltung und Förderung der Reformprozesse. Dies gilt besonders für den innovativen und ehrgeizigen African Peer Review Mechanism (APRM). Fast die Hälfte der afrikanischen Staaten unterzieht sich freiwillig einer Selbsteinschätzung zum Stand ihrer Regierungsführung und einer unabhängigen Bewertung durch die afrikanischen Regierungschefs (Peers). Diese unterstützen das jeweilige Land bei der Identifizierung von Schwächen und beraten es auf dem Weg zu besserer Regierungsführung.

Es bedarf einer kohärenten und koordinierten Politik der Union, ihrer Institutionen und der Regionalorganisationen. Institutionelle Schwächen auf allen Ebenen sowie eine unsichere Finanzierung schränken allerdings ihre Arbeitsfähigkeit und damit auch ihre Wirksamkeit innerhalb der Reformarchitektur deutlich ein. Die Bundesregierung leistet mit dem GTZ-Projekt „Zusammenarbeit mit panafrikanischen Institutionen in Südafrika“ Hilfe bei deren Aufbau und institutioneller Entwicklung und ergänzt damit die Kooperation mit der AU-Kommission in Addis Abeba und mit afrikanischen Regionalorganisationen.

Das Projekt

Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) setzt sich die GTZ in ihrem Projekt dafür ein, die afrikanische Integration durch leistungsfähige panafrikanische Institutionen zu fördern. Um dies zu erreichen, berät die GTZ die Institutionen methodisch im Aufbau und der Entwicklung und unterstützt sie zudem im operationellen Bereich. Die Institutionen nutzen diese Unterstützung, um ihre Leistungsfähigkeit zu verbessern. Das betrifft vor allem Verfahren und Dienstleistungen sowie die Kommunikation und Koordination untereinander und mit anderen Institutionen. Weitere Initiativen stärken die Fähigkeit der Regionalorganisationen sowie der Länder, ihre APRM-Aktionsprogramme zu implementieren und umzusetzen. Damit ergänzen sie die Zusammenarbeit mit den in Südafrika ansässigen panafrikanischen Institutionen.

Die Wirkungen

Das Vorhaben der GTZ stärkt die Institutionen in ihren Strukturen, ihrer Effizienz und ihrer Wirkung. Maßnahmen der Organisationsentwicklung, Kommunikations- und Wissensmanagement sowie die Aus- und Fortbildung ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen spielen dabei eine bedeutende Rolle. Die politisch wichtigste Wirkung ist jedoch zweifellos die Verbesserung der Zusammenarbeit der in Südafrika angesiedelten Institutionen untereinander. Dies gilt vor allem in Querschnittsbereichen wie etwa der Kommunikation oder bei inhaltlichen Fragen wie Gleichstellung und Beteiligung der Zivilgesellschaft sowie in der Zusammenarbeit bei gemeinsamen Interessen und für das gemeinschaftliche Auftreten. Der Abschluss der ersten drei Länderberichte (Ghana, Kenia und Ruanda) des African Peer Review ermöglicht darüber hinaus den Erfahrungsaustausch zwischen diesen und neu hinzu gekommenen Ländern. Dies ist vor allem für die Entwicklung von Modellen und Instrumenten nützlich und führt zu einer qualitativen Weiterentwicklung und Steigerung der Effizienz dieses Kernprozesses der afrikanischen Reformagenda.

Partner-Projekt zum Handel

Biofresh – Exportförderung von Bio-Obst aus Uganda

Referent: Markus Sterr, Leiter der Fachgruppe „Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft“, Deutscher Entwicklungsdienst gGmbH (DED)

Die Ausgangslage

Eine geringe Diversifizierung der Wirtschaft und niedrige Produktivität behindern eine dynamische Wirtschaftsentwicklung in Uganda. Schlechte Einkommensperspektiven und Arbeitsplatzmangel erschweren die Armutsbekämpfung. Unzureichende Beschäftigungsverhältnisse gehen einher mit einer starken Abhängigkeit von der Subsistenzlandwirtschaft. Dagegen wächst in Westeuropa die Nachfrage nach biologisch angebauten Obst- und Gemüseprodukten. Da der Biosektor in Uganda bisher kaum unterstützt wurde, bietet der organische Landbau die Möglichkeit und das Potenzial, internationale Nischenmärkte im Biobereich zu erschließen.

Das Projekt

In einer gemeinschaftlichen Initiative des Public Private Partnership-Programms (PPP) des DED und der ugandischen Exportfirma Biofresh LTD wurde ein Absatzsystem entwickelt, das den Marktzugang von Kleinbauern für Bioprodukte gewährleistet. Das gemeinsame PPP startete im September 2003. Die Laufzeit der aktiven Beratung war auf 18 Monate angelegt. Zielgruppe sind lokale Kleinbauern einer ländlichen, einkommensschwachen Region Zentralugandas, die besonders schwer vom ugandischen Bürgerkrieg betroffen waren. Angebaut werden Ananas und andere tropische Früchte von bäuerlichen Kleinbetrieben, die ihre Erzeugung auf biologische Wirtschaftsweisen umstellten und mittlerweile vom schweizerischen Institute of Market Ecology (IMO) zertifiziert wurden. Die Produkte werden nach Deutschland exportiert und dort in Bioläden mit einem Fair Trade-Aufpreis verkauft, der den ugandischen Kleinbauern zugute kommt.

Neben der finanziellen Unterstützung berieten DED und Biofresh LTD die Bauern bei der Projektplanung und -durchführung, dem systematischen Projekt-Monitoring sowie bei der Einführung eines Qualitätssicherungssystems. Berichterstattung und Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland gehörten ebenso zur Beratungsleistung des DED. Der ugandische Wirtschaftspartner Biofresh LTD leistet die Identifikation kleinbäuerlicher Produzenten, das Training der lokalen kleinbäuerlichen Erzeugergenossenschaften in Qualitäts- und Produktionsstandards sowie die Beratung zur Erlangung der betrieblichen Zertifizierung. Außerdem übernimmt Biofresh die Logistik und Transportkosten der Produkte von den Erzeugern zu den Abnehmerfirmen.

Eine nachhaltige Einkommenssicherung der Kleinbauern ist durch die Einführung fairer Handelsbedingungen, zum Beispiel langfristigen Abnahmeverträgen und fairen Zahlungskonditionen, gesichert. Das Projekt wurde vom DED finanziell mit 10.000 Euro plus Beratungsleistung unterstützt. Das Unternehmen selbst brachte 70.000 Euro auf, was einem Eigenbeitrag von etwa 86 Prozent entspricht.

Die Wirkungen

Mit Unterstützung des DED konnte die Exportfirma Biofresh LTD kleinbäuerliche Strukturen fördern und stärken, ein einkommensorientiertes Absatzsystem schaffen, gleichzeitig nachhaltige Landnutzungssysteme und damit den Schutz der Ressourcen befördern. Inzwischen haben sich Exportstrukturen für qualitativ hochwertige, zertifizierte Bioprodukte für den europäischen Markt etabliert. Das Exportvolumen der Früchte beträgt wöchentlich durchschnittlich 3,5 Tonnen. Es wird ein monatlicher Umsatz von circa 11.500 Euro erreicht. Die Fair Trade- Konditionen erlauben, dass die Kleinbauern ein Vielfaches des lokal üblichen Preises erwirtschaften. Darüber hinaus zahlt Biofresh LTD eine jährliche Prämie in soziale Gemeinschaftsprojekte. Durch das PPP werden die Kleinbauern in Zentral-Uganda in globale Wirtschaftskreisläufe eingebunden. Vor allem durch eine Erhöhung der wirtschaftlichen Dynamik unter aktiver Teilhabe der armen Bevölkerungsteile und durch die Schaffung fairer Handelsbedingungen profitiert die Bevölkerung vom Projekt. Das entstehende höhere Einkommen der ländlichen Bevölkerung trägt deutlich zur Verbesserung ihrer Lebenssituation bei. Die Anzahl der mit Biofresh LTD zusammenarbeitenden Bauern ist seit Beginn des Projektes deutlich angestiegen. Heute sind es etwa 120 kleinbäuerliche Betriebe und erwartungsgemäß wird die Zahl weiter steigen.

PRESSEMAPPE

Afrika im Fokus – Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit während des G8-Vorsitzes 2007

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 6./7. Mai 2007 in Potsdam

Partner-Projekt zum Handel

Trade Africa – Intraregionale Handelsförderung im südlichen Afrika

Referierende: Lydia Jebauer-Nirschl, Projektleiterin, Abteilung Wirtschaftsförderung und Infrastruktur, InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH; Glyne Michelo, Geschäftsführer des Export Board Zambia

Die Ausgangslage

Die Wirtschaft vieler Staaten in der Entwicklungsgemeinschaft Südliches Afrika (Southern Africa Development Community, SADC) ist noch immer gekennzeichnet durch Rohstoffexport und schwache Industrieproduktion. Selbst ihr Exportpotenzial können viele Staaten nicht voll ausschöpfen. Zum einen fehlt gerade für den intraregionalen Handel eine effektive Infrastruktur, zum anderen mangelt es an einer Verständigung der Akteure der regionalen Märkte, um international erfolgreich agieren zu können. Ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum ist Grundvoraussetzung dafür, die mit Bildung, Gesundheit und Chancengerechtigkeit verbundenen Millenniumsentwicklungsziele zu erreichen.

Das Projekt

InWEnt engagiert sich mit dem Programm "Trade Africa" seit 2002 in Malawi, Mosambik, Sambia, Südafrika und Tansania. Insbesondere unterstützt InWEnt Maßnahmen vor Ort, um kleine und mittlere Unternehmen (KMU) im intraregionalen Handel gezielt zu fördern und zu stärken. Diese Zielgruppe erreicht InWEnt über die Projektpartner. Dies sind vor allem Exportförderorganisationen in der SADC-Region.

Die Maßnahmen sind konzentriert auf Trainings zur Förderung des Exports und gezielte Geschäftsanbahnungen (Buyers-Sellers Meetings, BSM) zwischen südafrikanischen Importeuren und Exporteuren aus Malawi, Mosambik, Sambia und Tansania. Diese BSM werden auf den Messen "Southern African International Trade Exhibition" (SAITEX) und "Export Afrika" in Johannesburg mit der südafrikanischen Industrie- und Handelskammer und InWEnts Unterstützung organisiert.

Das Programm hat noch eine weitere Komponente: Angestellte von Einrichtungen zur Wirtschaftsförderung in den SADC-Ländern können an einem Langzeit-Training in Deutschland teilnehmen. Sie haben dabei Gelegenheit, an fachlichen Workshops des ICT, des International Trade Centre UNCTAD/WTO (United Nations Conference on Trade and Development/ World Trade Organization) sowie der Fachhochschule Köln teilzunehmen oder Kontakte mit EU-Behörden zu knüpfen, die für Handelsbeziehungen zu Europa von Belang sind. Praktika in Firmen vermitteln Erfahrungen mit deutscher Geschäftskultur. Finanziert wird das Training vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Die Wirkungen

Das Training in Deutschland und die Kontakte zum ITC (International Trade Center) in Genf, zu EU-Stellen in Brüssel sowie zu deutschen Firmen eröffnen den Teilnehmenden neue Handlungsoptionen. Damit ist ein zentrales Ziel erfüllt, das InWEnt mit seinem Capacity Building anstrebt.

Das BSM 2005 führte zu konkreten Ergebnissen: In Sambia hat die halbstaatliche Food Reserve Agency fünf Aufträge über die Lieferung von Erdnüssen erhalten. Die Organisation verkaufte 1.700 Tonnen und erzielte damit einen Umsatz von 765.000 US-Dollar. Im Jahr 2006 hat sich die Nachfrage schätzungsweise verdoppelt, da die südafrikanischen Erdnusskäufer die Food Agency beauftragt haben, Erdnüsse in ihrem Namen zu kaufen. Dies leistet einen erheblichen Beitrag zur Existenzsicherung von Tausenden sambischer Bauern. Neben weiteren sambischen Unternehmen profitierten auch tansanische Unternehmen von den BSM. Die auf Honig spezialisierte Firma "Intellect International" steigerte ihre Produktion von 10 auf rund 60 Tonnen. Davon gingen allein 20 Tonnen nach Dubai - dank eines auf dem BSM errungenen Auftrags. Die mit Kunsthandwerk und landwirtschaftlichen Produkten handelnde Upendo Development Group konnte ihren Exportgewinn von vormals 2.000 US-Dollar auf 10.000 US-Dollar steigern. Ein weiteres BSM fand im Mai 2007 statt.

PRESSEMAPPE

Afrika im Fokus – Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit während des G8-Vorsitzes 2007

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 6./7. Mai 2007 in Potsdam

Partner-Projekt zur HIV/Aids-Bekämpfung

Gesundheitsgutscheine – Healthy Life Vouchers in Ostafrika

Referentin: Dr. Claudia Radeke, Leiterin der Abteilung Ost- und Westafrika, KfW Entwicklungsbank

Die Ausgangslage

Die Gesundheitssysteme in den Staaten Subsahara-Afrikas stehen vor enormen Herausforderungen. Der schlechte Gesundheitszustand der Bevölkerung spiegelt sich in einer im internationalen Vergleich sehr niedrigen Lebenserwartung und einer hohen Mütter- und Kindersterblichkeit wider. Beispiel Ostafrika: Dort ist die Lebenserwartung aufgrund von HIV/Aids und anderen Infektionskrankheiten in den vergangenen Jahren gesunken und liegt im Moment gerade einmal bei 47 Jahren. Besonders hoch ist die Mütter- und Kindersterblichkeit. Die Müttersterblichkeit liegt in Ostafrika bei 1.060 pro 100.000 Lebendgeburten. Die Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren gibt die Weltgesundheitsorganisation (WHO) mit circa 130/1.000 an. Staatliche Krankenhäuser und Gesundheitszentren reichen nicht aus, um in Entwicklungsländern die Bevölkerung mit Gesundheitsdienstleistungen zu versorgen. Zum einen spart das staatliche System oft ganze Landstriche aus, zum anderen ist die Qualität der angebotenen Dienstleistungen häufig unzureichend. Darüber hinaus existieren oft kulturelle oder andere Barrieren, die den Besuch der regional vorhandenen Gesundheitseinrichtung verhindern. Unter dem daraus resultierenden Mangelzustand leidet in der Regel besonders die arme und ländliche Bevölkerung, weil sie sich den Gang zu den wenigen privaten Dienstleistern nicht leisten kann.

Das Projekt

Die KfW Entwicklungsbank fördert in Ostafrika im Auftrag der Bundesregierung mehrere Vorhaben, die Gesundheitsangebote für sichere Mutterschaften und Geburten, Familienplanung, Diagnose und Behandlung sexuell übertragbarer Krankheiten sowie Beratung für Opfer sexueller Gewalt finanzieren. Das Prinzip: Arme Menschen erhalten die Möglichkeit, subventionierte Gutscheine (vouchers) zu erwerben. Damit gehen Sie zu einem Anbieter ihrer Wahl und lassen sich behandeln. Der Arzt wird für die erbrachten Behandlungen (Laborleistungen, Medikamente, Beratung, erforderliche Eingriffe etc.) von der Voucher Management Agency (VMA) bezahlt. Diese bringt die Gutscheine im Auftrag des Staates und der beteiligten Geberinstitutionen in Umlauf. Die VMA ist dabei nicht nur für die Abrechnung der von den Gesundheitseinrichtungen erbrachten Leistungen zuständig, sondern sie übernimmt zusammen mit den staatlichen Behörden auch deren Zulassung und Qualitätssicherung, unter anderem durch maßgeschneiderte Weiterbildungsangebote. Die Vorteile des Systems liegen auf der Hand: Hohe, standardisierte Servicequalität, Stärkung privatwirtschaftlichen Engagements, Konkurrenz unter den Anbietern und Stärkung der Selbstbestimmung der Patienten.

Die Wirkungen

Über 300.000 Menschen in Ostafrika profitieren durch diesen neuen Projekttyp der KfW Entwicklungsbank von qualifizierten Gesundheitsdiensten. Die angestrebten Wirkungen des Projekts werden unmittelbar auf die im Jahr 2000 von den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen verabschiedeten gesundheitsbezogenen Millennium Development Goals (MDGs) ausgerichtet. Drei der acht Ziele beziehen sich explizit auf Gesundheitsthemen und alle werden von den Gutscheinprojekten mit einbezogen. So wirken sichere Mutterschaften nicht nur unmittelbar auf die „Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Mütter“ (MDG Nr. 5) sondern auch sehr direkt auf die „Reduzierung der Kindersterblichkeit“ (MDG Nr. 4) und die Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen schweren Krankheiten (MDG Nr. 6), weil spezifische Vorsorgemaßnahmen im Rahmen der Schwangerschaft darauf ausgerichtet sind, Infektionskrankheiten zu bekämpfen, bzw. zu verhindern, dass sich diese weiter ausbreiten können.

Partner-Projekt zur HIV/Aids-Bekämpfung

AWiSA – HIV/Aids- Aufklärung am Arbeitsplatz

Referierende: Inge Meier-Ewert, Projektleiterin, Abteilung Wirtschaftsförderung und Infrastruktur, InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH; Maria Kostomay, Entwicklungshelferin im AWiSA-HIV/Aids-Arbeitsplatzprogramm – Kooperation DED/InWEnt

Die Ausgangslage

2005 gab es weltweit 38,6 Millionen HIV-positive Menschen, davon alleine 24,5 Millionen im südlichen Afrika (UNAIDS 2006). Während in diesem Jahr insgesamt 2,8 Millionen Menschen Aids-bedingt starben, infizierten sich gleichzeitig mehr als vier Millionen neu mit dem HIV. Diese menschliche Tragödie der HIV/Aids-Epidemie hat zugleich erhebliche negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung der betroffenen Länder: Betrieben und Organisationen sterben Arbeitskräfte weg, die Produktivität sinkt und die Kosten steigen, weil Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neu eingearbeitet und qualifiziert werden müssen. Diese Entwicklung trifft insbesondere jene Länder im südlichen Afrika mit Infektionsraten von fünf Prozent und mehr, die so genannten Hochprävalenzländer.

Das Projekt

„Aids Workplace Programs in Southern Africa“ (AWiSA) ist ein Kooperationsprojekt vom Deutschem Entwicklungsdienst gGmbH (DED) und InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH. Es wurde im Juli 2003 aufgelegt. Ziel ist die Bekämpfung von HIV/Aids am Arbeitsplatz durch die Einführung von Arbeitsplatzprogrammen in Klein- und Mittelunternehmen sowie Organisationen. Das Programm soll auch ehemaligen Teilnehmenden von InWEnt-Seminaren zugute kommen. AWiSA ist in fünf Ländern tätig: in Malawi, Mosambik, Namibia, Sambia und Südafrika.

Das Konzept ist einfach: AWiSA bildet für interessierte Betriebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus, die als „focal persons“ in ihren Betrieben Arbeitsplatzprogramme einführen und verankern. In Kooperation mit lokalen Aids-Organisationen setzen sie HIV/Aids-Aktivitäten an ihren Arbeitsplätzen um. Wichtige Bausteine solcher Programme sind regelmäßige Informationsveranstaltungen, eine kontinuierliche Bereitstellung von Informationsmaterial und Kondomen, Zugang zu HIV-Beratungs- und Testeinrichtungen sowie antiretroviraler Medizin. AWiSA unterstützt und begleitet die Aktivitäten durch Arbeitsplatzbesuche, Fortbildungen und regelmäßige „Runde Tische“ zum Wissens- und Erfahrungsaustausch.

Die Wirkungen

Inzwischen wurden im Rahmen von AWiSA mehr als 540 „focal persons“ aus circa 330 Betrieben ausgebildet. Die meisten setzten bereits kurz nach ihrer Ausbildung erste Aktivitäten in ihren Unternehmen um. Von den etwa 120 intensiv betreuten Betrieben verfügen rund 70 über ein funktionierendes Arbeitsplatzprogramm: Es gibt einen Arbeitsplan und regelmäßig stattfindende HIV/Aids-Aktivitäten.

Da die Reduktion von Neuinfektionen und Aids-bedingten Todesfällen kaum messbar ist und nicht eindeutig einem HIV-Programm zugeordnet werden kann, ist die Wirkung nur indirekt zu ermitteln. Hinweise geben zum Beispiel ein steigender Gebrauch von Kondomen oder eine wachsende Anzahl von Personen, die sich testen lassen oder antiretrovirale Medizin beziehen. Auch äußern sich immer mehr Betriebseigner positiv über die Fortschritte der Programme: „Das Eis ist gebrochen und Mitarbeiter reden nun offener über das Thema“. Die Herausforderung liegt nun darin, mehr Menschen zum freiwilligen Testen zu bewegen, etwa durch Betriebsvereinbarungen. Denn: Bisher kennt meist nur eine kleine Minderheit ihren HIV-Status.

Partner-Projekt zur Wirtschaftsförderung

Cost of doing business – Partnerschaft für breitenwirksames Wirtschaftswachstum in Namibia

Referentin: Sabine Becker, Leistungsschwerpunktmanagerin Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit mbH (GTZ); Klaus Gühr, Teamleiter Wirtschaftliche Infrastruktur, KfW Entwicklungsbank

Die Ausgangslage

Mehr als 15 Jahre nach der Unabhängigkeit Namibias sind Wirtschaft und Gesellschaft des Landes noch immer von großen Ungleichgewichten gekennzeichnet. Zwar verfügt die Wirtschaft über einen kleinen, gut entwickelten modernen Sektor, der vorrangig zur Wertschöpfung des Landes beiträgt. Dennoch ist die Bevölkerungsmehrheit abhängig von einer informellen Überlebensökonomie und hat kaum Zugang zu Know-how und Ressourcen. In Namibia herrschen die höchsten Einkommensunterschiede weltweit: Trotz eines relativ hohen Pro-Kopf-Einkommens lebt über die Hälfte der rund 1,8 Millionen Einwohner an oder unterhalb der Armutsgrenze. 35 Prozent der Bevölkerung verfügen nur über einen US-Dollar pro Tag.

Die Wirtschaft des Landes besteht nach wie vor aus einzelnen, kaum verbundenen Sektoren wie Bergbau, Fischerei und Landwirtschaft und ist zudem stark abhängig vom internationalen, vor allem aber vom südafrikanischen Markt. Die gesetzlichen und administrativen Rahmenbedingungen sind lückenhaft und es fehlen Kapazitäten zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU). Auch die Koordination zwischen Privatwirtschaft und Regierung ist kaum entwickelt. Das Angebot an Unternehmensdienstleistungen im nicht-finanziellen Bereich orientiert sich nicht an der Nachfrage. Die Bevölkerung hat nur einen beschränkten Zugang zu Finanzdienstleistungen, vor allem in den ländlichen Gebieten. Damit fehlen zentrale Voraussetzungen für ein nachhaltiges, breitenwirksames Wirtschaftswachstum. Arbeitslosigkeit und Armut, vor allem im Norden Namibias, sind die Folge.

Das Projekt

Die GTZ führt das „Programm zur Partnerschaft für breitenwirksames wirtschaftliches Wachstum in Namibia“ in Kooperation mit der KfW Entwicklungsbank durch. Ziel ist, die Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung, insbesondere im Norden Namibias, zu verbessern. Vor allem sollen die wirtschaftlichen Aktivitäten von KMU erhöht werden und damit mehr Beschäftigung entstehen. Schwerpunkte des Vorhabens liegen deshalb darin, den Zugang von KMU zu finanziellen und nicht-finanziellen Dienstleistungen zu verbessern, lokale Wirtschaftsförderungsstrategien durchzusetzen sowie unternehmerisches Handeln zu fördern.

Die GTZ arbeitet dabei mit unterschiedlichen Partnerministerien, namibischen Wirtschaftsfördereinrichtungen und Institutionen der Wirtschaft zusammen. Das Programm unterstützt diese Institutionen dabei, günstige Bedingungen für ein privatsektorgetragenes Wirtschaftswachstum zu schaffen.

Die Wirkungen

Das Vorhaben stärkt den Austausch zwischen Staat und Privatwirtschaft. Dies geschieht mittels Dialog- und Lernplattformen für Themen wie lokale Wirtschaftsförderung, Mikrofinanzsysteme oder Unternehmensdienstleistungen. Die Beispiele zeigen, wie eine transparente Zusammenarbeit und effiziente Arbeitsteilung von öffentlichen und privatwirtschaftlichen Entscheidungsträgern aussehen kann.

Bei der Mikrofinanzierung sind Erfolge bereits sichtbar: Im Norden Namibias läuft ein wirkungsvolles Pilotprojekt zur Einrichtung eines Spar- und Kreditsystems, das jetzt ausgeweitet wird. Außerdem wird in Zusammenarbeit mit der KfW Entwicklungsbank eine Mikrofinanzbank neu gegründet. Das Vorhaben begleitet ferner die namibische Regierung dabei, eine Entwicklungsstrategie für den Privatsektor zu entwerfen und umzusetzen. Schließlich wird mit Geschäftsbanken bei der Erschließung von KMU als neuer Kundengruppe durch kreditbegleitende Trainings- und Beratungsmaßnahmen kooperiert. Darüber hinaus fördert das Programm ein Netzwerk namibischer Unternehmensdienstleister.

Partner-Projekt zur Mikrofinanz

KfW/GTZ-Finanzsektorprogramm Mosambik – Mit Kleinstkrediten gegen Armut

Referent: Karl-Heinz Fleischhacker, KfW Entwicklungsbank

Die Ausgangslage

Eines der größten Entwicklungshemmnisse der Mosambikanischen Privatwirtschaft ist der eingeschränkte Zugang zu Finanzdienstleistungen. Davon sind vor allem Klein- und Kleinstunternehmen (KKU) im formellen und informellen Sektor sowie kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) im ländlichen Raum betroffen. Derzeit haben nur 2% der 19,8 Mio. Mosambikaner Zugang zu Finanzdienstleistungen. Zwischen den mosambikanischen Geschäftsbanken herrscht nur wenig Wettbewerb und ein sehr geringes Interesse, größere Teile der Bevölkerung – insbesondere in ländlichen Gegenden – zu erreichen. Seit Ende der 90er Jahre sind Mikrofinanzinstitute (MFIs) in Mosambik tätig und bedienen zuvor vom Finanzsektor ausgeschlossene KMU sowie ökonomisch aktive Haushalte mit Finanzdienstleistungen. Heute umfasst der Mikrofinanzsektor rund 60 MFIs, die durch Individual- sowie Gruppenkredite über 60.000 Kredit- und 80.000 Sparkunden erreicht. Das ausstehende Kreditvolumen wuchs von ca. 2 Millionen Euro im Jahr 2000 auf über 25 Millionen Euro im Jahr 2006. Die Refinanzierung der MFIs erfolgt bislang weitgehend aus Gebermitteln sowie aus Spareinlagen. Refinanzierungen durch mosambikanische Geschäftsbanken sind eine Ausnahme, da MFIs als zu riskant angesehen werden, das Kreditportfolio nicht als Sicherheit verwertbar ist und wenige Erfahrungen in diesem Geschäftsfeld bestehen.

Das Programm

Das deutsche EZ-Finanzsektorprogramm in Mosambik wird von KfW Entwicklungsbank und GTZ unterstützt. Es sieht KfW-seitig die Gründung einer Bank vor, die Unternehmer sowie Privatpersonen mit einer breiten Palette von Finanzdienstleistungen bedienen soll. Dabei wird bewusst auch der ländliche Raum eingeschlossen, der von anderen Geschäftsbanken kaum bedient wird. Die KfW Entwicklungsbank soll dabei treuhänderisch für die Bundesregierung Anteilseigner an der im Rahmen eines „Public-Private Partnership“ (PPP) mit der niederländischen Rabobank-Gruppe, der mosambikanischen Finanzinstitution GAPI sowie der Norwegischen Norfund zu gründenden Bank werden. Die neu gegründete Bank wird von der KfW eine Kreditlinie in Höhe von 3,0 Millionen Euro zur Weiterreichung an KMUs sowie eine Kreditlinie in Höhe von 3,3 Millionen Euro zur Refinanzierung von Mikrofinanzinstituten erhalten. Damit wird es KMU sowie Mikrofinanzinstituten ermöglicht, auch weiterhin stark zu expandieren. Komplementär zur Bereitstellung von Krediten, können KMUs sowie MFIs durch Fortbildungsmaßnahmen (Finanzplanung, Kreditbearbeitung, Buchführung, etc.) gefördert werden. Dafür stehen FZ-Mittel in Höhe von 0,5 bzw. 0,7 Millionen Euro zur Verfügung. Um die im Vergleich zu Geschäftsbanken noch kleinen MFIs an neuen Entwicklungen im mosambikanischen Finanzsektor teilhaben zu lassen, kofinanziert das Sektorprogramm die Einführung internationaler Buchführungsstandards (Basel II) sowie den Zugang zum nationalen Zahlungsverkehrssystem. Eine weitere Aktivität (derzeit in der Planungsphase) des Sektorprogramms ist die Einführung von über das Mobiltelefon angebotenen Finanzdienstleistungen. Durch diese kostengünstige Art von Finanzdienstleistungen kann auch armen Bevölkerungsgruppen sowie im ländlichen Raum lebenden Personen Zugang zum Finanzsektor ermöglicht werden. Darüber hinaus ist die Unterstützung der mosambikanischen Initiative zur Ersparnis mobilisierung vorgesehen. Diese soll die Potenziale des Landes besser in Wert setzen und die Abhängigkeit von externer Finanzierung reduzieren.

Die GTZ unterstützt komplementär zu der Arbeit auf der Mikroebene im Rahmen des Financial Sector Technical Assistance Project (FSTAP) die Mosambikanischen MFI beim Aufbau eines Verbandes, der sich als Sprachrohr und Dienstleister des Mikrofinanzbereiches im mosambikanischen Finanzsektor etabliert und innovative sowie kunden-gerechte Serviceleistungen anbietet. Außerdem wird die Zentralbank in Regulierungs- und Politikfragen beraten.

PRESSEMAPPE

Afrika im Fokus – Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit während des G8-Vorsitzes 2007

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 6./7. Mai 2007 in Potsdam

Die Wirkungen

Das EZ-Programm soll die nachhaltige Versorgung der mosambikanischen Bevölkerung mit bedarfsgerechten Finanzprodukten (Mikrokredite, Spareinlagen, Zahlungsverkehr, etc.) gewährleisten. Damit wird Unternehmen ermöglicht, den zeitgerechten Einsatz von Betriebsmitteln zu finanzieren und Neuinvestitionen wahrzunehmen. Haushalten wird ermöglicht, Bedürfnisse besser zu befriedigen (Schulgebühren, Krankheiten, Notfälle, etc.). Die Ausnutzung wirtschaftlicher Chancen führt zur Geschäftsausweitung und zu Einkommenssteigerungen der Unternehmer und deren Mitarbeiter. Da ein Großteil der Inhaber bzw. der Beschäftigten armen Bevölkerungsgruppen zuzurechnen ist, leistet das Programm einen unmittelbaren Beitrag zur Armutsreduzierung. Darüber hinaus wird es Frauen (die über 50% der Mikrofinanzkunden stellen) durch Zugang zu Finanzprodukten ermöglicht, ihre wirtschaftliche und damit auch gesellschaftliche Situation zu verbessern. So trägt das Programm wesentlich zur Gleichberechtigung der Geschlechter bei. Durch die Neugründung einer Bank, die Stärkung von lokalen Finanzintermediären und die Entwicklung innovativer Finanzprodukte wird ein Beitrag zur Verbreiterung und Vertiefung des mosambikanischen Finanzsektors und zur Intensivierung des Wettbewerbs geleistet.

Partner-Projekt zur Mikrofinanz

Kleinbauern in Kamerun übernehmen Ölpalmen-Plantage

Referent: Roger Peltzer, Senior Investment Manager in der Afrika-Abteilung der DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH

Die Ausgangslage

Armut, Unterernährung und Unterentwicklung konzentrieren sich in den ländlichen Räumen Afrikas. Ein Schlüssel zur Armutsbekämpfung liegt daher in einer effektiven Förderung der Landwirtschaft. In diesem Zusammenhang spielen Kleinbauernprogramme eine wichtige Rolle. Die DEG hat bereits Programme dieser Art mitfinanziert, beispielsweise mit ihrem langjährigen Partner, der belgischen SOCFINAL-Gruppe. Diese ist einer der weltweit führenden Investoren und Know-how-Träger in den Bereichen Kautschuk- und Ölpalmen-Plantagen. In Zusammenarbeit mit der SOCFINAL-Gruppe finanziert die DEG derzeit ein Kleinbauernprogramm in Kamerun. Der neuartige Ansatz: Die DEG stellt eine Garantie bereit, damit Kleinbauern Landnutzungsrechte an einer Ölpalmen-Plantage erwerben können.

Das Projekt

Die kamerunische Tochtergesellschaft der SOCFINAL-Gruppe, die Société Camerounaise de Palmeraies S.A. (SOCAPALM) hat ihr Pachtverhältnis an der 2.600 Hektar großen Éséka-Plantage im Osten des Landes an circa 150 Kleinbauern weitergegeben. Dabei geht es zunächst um eine Unterverpachtung für 25 Jahre mit der Option, danach um weitere 25 Jahre zu verlängern. Jeder Landwirt erhält eine oder mehrere rund 10 Hektar große Parzellen, die er individuell bewirtschaften kann. Der Preis für die langfristigen Nutzungsrechte inklusive der Ölpalmen beträgt insgesamt rund 2,5 Millionen Euro. Die Kleinbauern können hiervon nur rund fünf Prozent direkt bezahlen. Der Restbetrag wird daher in Form langfristiger Kleinkredite in der lokalen Währung Franc de la Communauté Financière Africaine (FCFA) von der Afriland First Bank bereitgestellt. Für den Fall, dass die Kleinbauern ihre Raten nicht zahlen können, übernimmt die DEG gegenüber der Lokalbank eine Garantie in Höhe von 80 Prozent der Kleinkredite.

SOCAPALM wird die Kleinbauern während der gesamten Laufzeit der Kredite betreuen und ihre Ölpalmen-Fruchtbüschel zu einem marktgerechten Preis komplett abkaufen. Die Betreuung der Darlehen an die Kleinbauern soll von einer neu zu gründenden Genossenschafts-Dorfbank übernommen werden. Dies geschieht gemäß einem in Kamerun sehr erfolgreichen Geschäftsmodell für Mikrogenossenschaftsbanken (MC²), das federführend von der Afriland-Gruppe entwickelt wurde. Die DEG finanziert den Aufbau dieser Bank aus Mitteln für Begleitmaßnahmen, so genannte Technical Assistance, mit.

Die Wirkungen

Durch die Bereitstellung der DEG-Garantie erhalten die Kleinbauern eine Finanzierung, mit der sich für sie die Übernahme der Ölpalmen-Plantage wirtschaftlich lohnt. SOCAPALM kauft ihnen die Ölpalmen-Fruchtbüschel zu einem marktgerechten Preis komplett ab, so dass die Kleinbauern künftig überdurchschnittliche Einkommen erzielen können. Das Vorhaben trägt dadurch zur Armutsminderung und Bekämpfung der Landflucht bei. Bei der Bewirtschaftung der Plantage können die Kleinbauern die vorhandene Infrastruktur und die Nähe zur SOCAPALM-Ölmühle nutzen. SOCAPALM wird die Kleinbauern zudem intensiv schulen, wodurch ein bedeutender Know-how-Transfer gewährleistet ist. Beschäftigungseffekte entstehen dadurch, dass neben den Familienangehörigen der Kleinbauern voraussichtlich 130 Saisonarbeitskräfte auf den Parzellen arbeiten werden. Das Vorhaben kann als Grundmodell für ähnliche Kooperationen zwischen privaten Unternehmen, der lokalen Dorfbevölkerung, dem lokalen Finanzsektor und einem internationalen Entwicklungsfinanzierer fungieren.

RÜCKMELDEBOGEN

Afrika im Fokus – Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit während des G8-Vorsitzes 2007
Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 6./7. Mai 2007 in Potsdam

Ihre Meinung ist uns wichtig

Seite 1

Veranstaltung

sehr gut
gut
mittelmäßig
schlecht

SONNTAG, 06. MAI 2007

- **Keynote Speech:**
Die Zukunft Afrikas – eine Vision
- **Workshops Block A:**
Parallel zur Auswahl:
 - Energieeffizienz/Erneuerbare Energien
 - Good Governance
 - Handel
- **Kamingespräch**

MONTAG, 07. MAI 2007

- **Der Standpunkt:**
Warum es sich lohnt, in Afrika zu investieren
- **Rohstoffboom in Afrika – wer profitiert vom Ölreichtum?**
Podiumsdiskussion
- **Workshops Block B:**
Parallel zur Auswahl:
 - HIV/Aids-Bekämpfung
 - Wirtschaftsförderung
 - Mikrofinanz
- **Geld oder Partnerschaft – was fehlt Afrikas Entwicklung?**
Podiumsdiskussion

RÜCKMELDEBOGEN

Afrika im Fokus – Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit während des G8-Vorsitzes 2007
Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 6./7. Mai 2007 in Potsdam

Ihre Meinung ist uns wichtig

Seite 2

	<i>sehr gut</i>	<i>gut</i>	<i>mittelmäßig</i>	<i>schlecht</i>
■ Moderation	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
■ Pressemappe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
■ CD mit Texten und Bildmaterial	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
■ Veranstaltungsort	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
■ Organisation der Veranstaltung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
■ Gesamtbewertung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<i>sehr hoch</i>	<i>hoch</i>	<i>mäßig</i>	<i>keine</i>
Relevanz für die eigene Berichterstattung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anmerkung
.....
.....

Name, Vorname
.....

! Bitte am Info-Counter abgeben oder faxen an: +49 (0)2 41/9 38 88-333

PRESSEMAPPE

Afrika im Fokus – Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit während des G8-Vorsitzes 2007

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 6./7. Mai 2007 in Potsdam

Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Nachname	Vorname	
Adler	Sabine	Deutschlandradio Hauptstadtstudio
Alami	Abdelhai	Deutsche Welle (Arab. Redaktion)
Apio	Diana Isabella	The Monitor Publications, Uganda (Int. Institut für Journalismus)
Baltsch	Barbara	Stadt und Gemeinde
Bathe	Dirk	Deutsche Welle (Fokus Afrika)
Bindokat	Sarah	Internationales Institut für Journalismus
Bräuer	Sebastian	Kölner Journalistenschule für Politik und Wirtschaft e.V.
Bühler	Alexander	Freier Journalist (Die Zeit)
Dehmer	Dagmar	Der Tagesspiegel
Dietz	Daniela	Asia Bridge
Doering	Martina	Berliner Zeitung
Duckstein	Stefanie	Deutsche Welle
Emeruwa	Victor	National Standard, Nigeria, (Int. Institut für Journalismus)
Fichtner	Nikolai	die tageszeitung (taz)
Fritsche	Angelika	Redaktion & Recherche
Gieseke	Sunna	Deutsches Ärzteblatt
Göbel	Alexander	Deutsche Welle Radio
Grabitz	Markus	Stuttgarter Nachrichten
Graichen	Günter	Presse- und Informationsamt, e.velop-online-Magazin
Hahn	Martina	Sächsische Zeitung
Haile Michael-Hinz	Yilma	Deutsche Welle / Afrika
Harjes	Christine	Deutsche Welle / Radio + online
Haselbauer	Bernhard	visAvis Verlagsges. mbh
Heinrich	Christian	Deutsche Journalistenschule e.V.
Hess	Klaus A.	Afrikapost
Heyer	Amalia	Deutsche Journalistenschule e.V.
Heymach	Klaus	Freie Journalisten.net
Hoegen	Monika	Freie Journalistin
Höfer	Klaus Martin	job Journalistenbüro BerlinGbR
Hoffmann	Lars	Dow Jones News GmbH

PRESSEMAPPE

Afrika im Fokus – Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit während des G8-Vorsitzes 2007

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 6./7. Mai 2007 in Potsdam

Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Nachname Vorname

Jost	Ann Kathrin	epd - Evangelischer Pressedienst
Kemunto Obwacha	Beatrice	The Standard Newspaper, Kenia, (Int. Institut für Journalismus)
Knauer	Roland, Dr.	Freier Journalist
Koufen	Katharina	die tageszeitung (taz)
Kreutzberger	Stefan	medienbüro eco
Kuczniarz	Christian	Mittelbayerische Zeitung
Kuhne	Elke	Querbrief
Langenbach	Sascha	Berliner Kurier
Lechner	Jan-Peter, Dr.	SID-Newsletter
Loimeier	Manfred, Dr.	Mannheimer Morgen
Ludermann	Bernd	Freier Journalist
Ludwig	Michaela	Freie Journalistin
Martin	Lukas	Süd-Afrika Magazin
Mbogo	Steve	Freier Journalist, Kenia, (Int. Institut für Journalismus)
Mielke	Jahel	Kölner Journalistenschule für Politik und Wirtschaft e.V.
Miethke	Nora	Sächsische Zeitung
Moniac	Rüdiger	Redaktionsbüro rmc.
Monnerjahn	Michael	Afrika-Verein
Morgenrath	Birgit	Rheinisches JournalistInnenbüro
Müller	Sabine	Hessischer Rundfunk / ARD-Hauptstadtstudio
Musah	Abraham	AfricaNewsAnalysis
Nowak	Werner	Deutsche Welle Akademie
Obertreis	Rolf	Der Tagesspiegel
Prange	Astrid	Rheinischer Merkur
Räpple	Sabine	Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF)
Raupp	Judith	Süddeutsche Zeitung, Außenpolitik
Redeltz	Manfred, Dr.	Greenpeace-Magazin
Reimer	Jule	Deutschlandfunk
Richter	Silvia	Mediamondi, Entwicklung + ländlicher Raum
Rietdorf	Jasmin	Allgemeine Zeitung Namibia

PRESSEMAPPE

Afrika im Fokus – Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit während des G8-Vorsitzes 2007

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 6./7. Mai 2007 in Potsdam

Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Nachname	Vorname	
Schäuble	Juliane	Der Tagesspiegel (Wirtschaft)
Scheffer	Ulrike	Der Tagesspiegel (Politik)
Schott	Hendrik, Dr.	Naspers Media Ltd. (Südafrika)
Schumann	Harald	Der Tagesspiegel
Schwab	Tobias	Frankfurter Rundschau
Stork	Dietmar	Oranienburger Generalanzeiger
Stratenwerth	Dinah	Deu. Gesellschaft f. Auswärtige Politik (DGAP)
Talom Schule	Jacques Junior	Central Africa Korrespondent, (Int. Institut für Journalismus)
Tenhagen	Susanne	Deut. Archäologisches Institut
Trittmann	Thomas	Badisches Tagblatt
Viering	Kerstin	Freie Journalistin
Waßmann	Michele	Westfälische Nachrichten
Wenkel	Rolf	Deutsche Welle
Wilcke	Angelika	Entwicklung & Ländlicher Raum
Wilke-Launer	Renate	Der Überblick
Winter	Andrea	Deutsche Welle (DW)
Zimmermann	Peter	Deutsche Welle (DW)
Zöfel	Katrin	Diplom-Biologin & Journalistin

PRESSEMAPPE

Afrika im Fokus – Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit während des G8-Vorsitzes 2007

Seminar für Journalistinnen und Journalisten am 6./7. Mai 2007 in Potsdam

Veranstalter

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Stresemannstraße 94
10963 Berlin
Tel: +49 (0)18 88/5 35-24 53
Fax: +49 (0)18 88/5 35-25 95
www.bmz.de

Holger Illi, Leiter Arbeitsstab EU-/G8-Kommunikation
holger.illi@bmz.bund.de

Deutscher Entwicklungsdienst gGmbH (DED)

Presse, Öffentlichkeitsarbeit, Publikationen
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Tel: +49 (0)2 28/24 34-131
Fax: +49 (0)2 28/24 34-139
www.ded.de

Inge Weizenhöfer, Leiterin Stabstelle Presse,
Öffentlichkeitsarbeit, Publikationen
inge.weizenhoefer@ded.de

Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

Unternehmenskommunikation
Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5
65760 Eschborn
Tel: +49 (0)61 96/79-11 73
Fax: +49 (0)61 96/79-11 15
www.gtz.de

Dorothee Hutter, Leiterin
Unternehmenskommunikation
dorothee.hutter@gtz.de
Jens Heine, Unternehmenskommunikation
jens.heine@gtz.de

DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH

Strategie und Kommunikation
Belvederestraße 40
50933 Köln
Tel: +49 (0)2 21/49 86-14 74
Fax: +49 (0)2 21/49 86-12 92
www.deginvest.de

Anja Strautz, stellv. Pressesprecherin
stz@deginvest.de

InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH

Unternehmenskommunikation
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Tel: +49 (0)2 28/44 60-18 74
Fax: +49 (0)2 28/44 60-18 86
www.inwent.org

Ute Lange, Leitung Unternehmenskommunikation
ute.lange@inwent.org
Adelheid Schultze, Unternehmenskommunikation
adelheid.schultze@inwent.org

KfW Bankengruppe

Konzernkommunikation
Palmengartenstraße 5-9
60325 Frankfurt am Main
Tel: +49 (0)69/74 31-46 83
Fax: +49 (0)69/74 31-32 66
www.kfw.de

Dr. Charis Pöthig, stellv. Pressesprecherin
charis.poethig@kfw.de

AS Auslandssekretariat
Tel: +49 (0)69/74 31-36 72
Fax: +49 (0)69/74 31-33 63

Britta Apel, Prokuristin, Referentin Geschäftspolitik
britta.apel@kfw.de